

# DIW

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1986

Die Lage der Weltwirtschaft .....	217
Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland .....	223

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

## WOCHENBERICHT 18/86

Berlin

30. April 1986

53. Jahrgang

### Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1986

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft  
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Essen:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin  
(Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg

Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut  
für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Essen am 25. April 1986

### Die Lage der Weltwirtschaft

#### Überblick

Seit dem vergangenen Herbst haben sich wichtige Bestimmungsgrößen für die Entwicklung der Weltwirtschaft geändert. Der Preis des Rohöls hat sich nahezu halbiert und ist kaum höher als vor dem zweiten Ölpreisschub 1979/80. Der Außenwert des Dollars sank in raschem Tempo weiter; er liegt nun um 20 vH unter dem vor einem Jahr erreichten Höchststand. Die Zinsen sind im allgemeinen deutlich zurückgegangen, in mehreren Ländern sogar stärker als die Inflationsraten.

Nachfrage und Produktion stiegen in den westlichen Industrieländern im Winterhalbjahr nach wie vor mit nur mäßigem Tempo. Die Beschäftigung nahm weiter leicht zu, gleichwohl ging die Arbeitslosigkeit nicht zurück. Der Preisauftrieb flachte sich vor allem aufgrund der Verbilligung des Rohöls überall merklich ab; in den westeuropäischen Ländern und in Japan wirkte die Aufwertung ihrer Währungen gegenüber dem Dollar zusätzlich preisdämpfend.

Für die Prognose der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1986 wird angenommen, daß der Ölpreis

**Reales Bruttosozialprodukt und Verbraucherpreise  
in den wichtigsten Industrieländern**  
Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr<sup>1</sup>

	Gewicht <sup>2</sup> in vH	Brutto- sozialprodukt		Verbraucher- preise	
		1985	1986	1985	1986
Bundesrepublik Deutschland	7,8	2,4	3,5	2,2	0,5
Frankreich	6,2	1,1	2,5	5,8	3,0
Großbritannien	5,4	3,3	2,5	6,1	4,5
Italien	4,5	2,3	2,5	9,2	7,0
Spanien	2,1	2,1	3,0	8,8	7,5
Niederlande	1,6	2,0	2,5	2,3	0,5
Schweden	1,2	2,3	2,5	7,4	5,0
Schweiz	1,2	3,2	3,5	3,4	1,5
Belgien	1,0	1,5	2,5	4,9	2,0
Österreich	0,8	2,9	3,0	3,2	2,0
Norwegen	0,7	4,4	3,0	5,7	4,5
Dänemark	0,7	2,8	2,5	4,7	3,5
Westeuropa <sup>3</sup>	33,2	2,3	2,8	5,3	3,5
USA	46,5	2,2	3,0	3,6	3,0
Japan	16,1	4,6	3,5	2,1	1,0
Kanada	4,3	4,5	3,5	4,0	4,0
Insgesamt <sup>3</sup>	100	2,7	3,0	4,0	2,8
Nachrichtlich: Insgesamt <sup>4</sup>		2,3	2,7	5,1	3,2

<sup>1</sup>) Veränderungen für 1986 geschätzt. — <sup>2</sup>) Gewichtung gemäß Bruttosozialprodukt von 1984. — <sup>3</sup>) Summe der aufgeführten Länder. — <sup>4</sup>) Gewichtet mit Anteilen an der deutschen Ausfuhr 1984.

etwa auf seinem gegenwärtigen Niveau von rund 15 Dollar je Barrel verharrt. Selbst wenn es wieder zu Absprachen in der OPEC kommt, wird der Preis wohl nicht deutlich steigen, weil es in ihrem Interesse ist, ihn so niedrig zu halten, daß sich Neuinvestitionen anderer Ölproduzenten nicht lohnen. Andererseits wird aber auch ein nennenswert niedrigerer Preis als gegenwärtig wohl kaum angestrebt werden, weil dann die Einnahmen der Länder der OPEC nochmals deutlich fallen, andere Länder ihre Förderung aber nicht schon bald fühlbar verringern müßten und damit auch die Marktanteile der OPEC nicht steigen würden.

Bei einem Preis von rund 15 Dollar je Barrel werden sich die Ausgaben der Industrieländer für die Öleinfuhr (netto) in diesem Jahr um annähernd 60 Mrd. Dollar verringern; dies entspricht im Durchschnitt reichlich einem halben Prozent des Bruttosozialprodukts. Am stärksten werden die westeuropäischen Länder und Japan begünstigt, weil sie ihren Ölbedarf überwiegend durch Importe decken. Die Einsparungen bei den Ausgaben für Öl und

Ölprodukte bedeuten, daß die Realeinkommen und die Inlandsnachfrage rascher ansteigen. Auf der anderen Seite werden sich die Einnahmen der Erdölexportländer verringern; dies wird zu einem Rückgang ihrer Importe führen.

Für die Industrieländer dürften die anregenden Wirkungen der Ölpreissenkung erheblich größer sein als die kontraktiven: Einmal werden die Öllexportländer ihre Nachfrage nicht im vollen Ausmaß der Erlöseinbußen zurückschrauben, sondern wohl Auslandsanlagen auflösen und die Verschuldung erhöhen; zum anderen werden in den Industrieländern den Primäransößen weitere expansive Impulse folgen, zumal die Zinsen im Zusammenhang mit den preisdämpfenden Wirkungen tendenziell sinken. Ausmaß und zeitliche Verteilung der Effekte werden freilich davon abhängen, wie rasch Kostensenkungen weitergegeben werden und wie Konsumenten, Investoren und wirtschaftspolitische Instanzen auf die Änderung des Ölpreises reagieren. All das wird von Land zu Land unterschiedlich sein, nicht zuletzt auch wegen der unterschiedlichen Ausstattung mit eigenen Energieressourcen.

In diesem Jahr wird wohl vor allem der private Konsum stärker steigen, weil die Realeinkommen als Folge verringerter Preise für Energie deutlich zunehmen. Die Verbesserung der Investitionsbedingungen wird vermutlich zum größeren Teil erst im nächsten Jahr zu zusätzlichen Investitionen führen.

Die Entwicklung der Weltwirtschaft wird weiterhin durch die kräftige Abwertung des Dollars seit dem Frühjahr 1985 beeinflusst. Es wird angenommen, daß der Außenwert der amerikanischen Währung im Verlauf dieses Jahres, abgesehen von kurzzeitigen Schwankungen, etwa auf dem derzeitigen Niveau verharrt. Geld- und währungspolitische Maßnahmen zur Förderung einer weiteren Abwertung sind weniger wahrscheinlich geworden — in den USA, weil sich die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft bereits spürbar verbessert hat, in Japan und Westeuropa, weil die Regierungen und Notenbanken inländische Produzenten nicht noch mehr belasten wollen. Man kann daher damit rechnen, daß die Entwicklung auf den Devisenmärkten in nächster Zeit etwas ruhiger sein wird; dies auch deshalb, weil die lange erwartete Anpassung im Europäischen Währungssystem Anfang April vollzogen wurde.

Die Abwertung des Dollars um rund 20 vH innerhalb Jahresfrist hat die Wettbewerbsfähigkeit der Anbieter aus dem Dollarraum erheblich gesteigert. Daher wird es zu Verschiebungen der Marktanteile zu Lasten der europäischen und japanischen Konkurrenten kommen. In den USA werden sich die außenwirtschaftlichen Defizite und in den meisten anderen Industrieländern die Überschüsse verringern.

In den westeuropäischen Volkswirtschaften und in Japan haben sich die Rahmenbedingungen für die Steigerung der Inlandsnachfrage insofern gebessert, als die Anstöße fortgefallen sind, die bis Anfang 1985 von der Ab-

wertung gegenüber dem Dollar auf den Preisanstieg ausgegangen waren, und es sogar zu einem „Stabilitätsimport“ gekommen ist.

Angesichts der nur verhaltenen Nachfrageexpansion und der niedrigen und zumeist noch sinkenden Inflationsraten scheinen einige Notenbanken bereit zu sein, ein Überschreiten der Geldmengenziele zumindest vorübergehend hinzunehmen und die Zinsen weiter zu senken, um die konjunkturelle Entwicklung zu fördern. Im späteren Verlauf des Jahres werden die Notenbanken sich jedoch vermutlich wieder mehr an ihren Geldmengenzielen orientieren, da sonst die erreichten Stabilisierungsschritte gefährdet werden. Die monetäre Expansion wird sich dann sowohl in den USA als auch in Westeuropa verringern. Dies wird die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung im Laufe des kommenden Jahres dämpfen.

Die Finanzpolitik ist in den USA eher als in den letzten Jahren bestrebt, den Anstieg der Ausgaben zu dämpfen und das Budgetdefizit zu verringern. In den meisten europäischen Ländern und in Japan bleibt sie auf Konsolidierungskurs. Der Ausgabenanstieg wird im allgemeinen gebremst. Vereinzelt werden aber auch Steuern gesenkt.

Insgesamt zeichnet sich in den Industrieländern für den weiteren Verlauf des Jahres 1986 eine Beschleunigung des Anstiegs der gesamtwirtschaftlichen Produktion ab. Dieser ist stärker, als es in der jahresdurchschnittlichen Zunahme von 3 vH zum Ausdruck kommt. Die Expansion dürfte auch über das laufende Jahr hinaus zunächst in zügigem Tempo anhalten; im Verlauf des nächsten Jahres wird sie aber nicht zuletzt deshalb wieder langsamer werden, weil die vom Ölpreisrückgang ausgelösten Anstöße abebben werden.

Die stärkere wirtschaftliche Expansion in den Industrieländern in diesem Jahr verbessert die Absatzbedingungen für die übrige Welt. Nachdem in den erdölimportierenden Entwicklungsländern die Realeinkommen und die Leistungsbilanz zuvor dadurch belastet worden waren, daß sich nach der Abwertung des Dollars, der häufig als „Leitwährung“ dient, die Einfuhrpreise stärker erhöhten als die Ausfuhrpreise, ergibt sich nunmehr eine Verbesserung der außenwirtschaftlichen Position. Sie ist nicht nur auf die Verstärkung der Nachfrage aus den Industrieländern, sondern auch auf die Einsparungen infolge der Ölverbilligung zurückzuführen. Hinzu kommt eine Abnahme des Zinsaufwandes für Auslandsschulden. Problembehaftet ist dagegen die Entwicklung in den hochverschuldeten Erdölexportländern. Sie werden die Einfuhr als Folge der drastischen Verschlechterung der Terms of Trade, bei nur langsam zunehmender Ausfuhr, noch stärker als bisher einschränken. Dies wird aber nicht immer ausreichen, um eine Zuspitzung der Verschuldungsprobleme zu vermeiden. Die damit verbundene Belastung des internationalen Finanzsystems stellt einen Risikofaktor für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft dar.

Die regionale Struktur des Welthandels wird sich nach den erheblichen Verschiebungen der Preisrelationen im Außenhandel fühlbar ändern. Den kontraktiven Einflüssen, die vor allem von der Abnahme der Nachfrage in den Erdölexportländern ausgehen, werden Anregungen seitens der Industrieländer gegenüberstehen. Hier wirkt allerdings die starke Verschiebung von Wechselkursrelationen differenzierend: dämpfend auf die Einfuhr in den USA, stimulierend auf die in Westeuropa und Japan. Insgesamt wird sich aber die Expansion des Welthandels aufgrund der konjunkturellen Erholung in den Industrieländern leicht verstärken; sein Zuwachs wird in diesem Jahr annähernd 4 vH betragen, nach reichlich 3 vH 1985.

### Vor einer stärkeren Expansion in den USA

In den USA setzte sich der Anstieg von Nachfrage und Produktion im Winterhalbjahr fort; das Tempo ist indes schon seit Mitte 1984 sehr verhalten. Das reale Bruttosozialprodukt nahm im Durchschnitt des vergangenen Jahres nur noch um 2,2 vH zu. Die expansiven Impulse, die 1985 vor allem von der Geldpolitik ausgegangen waren, führten noch nicht zu einer nennenswerten Verstärkung des Produktionsanstiegs. Die Beschäftigung erhöhte sich zwar weiterhin, doch war die Arbeitslosigkeit zuletzt mit reichlich 7 vH kaum niedriger als vor Jahresfrist. Der Preisauftrieb, der sich zum Jahresende 1985 merklich verstärkt hatte, wurde in den ersten Monaten dieses Jahres durch den Ölpreissturz gedämpft; die Verbraucherpreise lagen zuletzt um rd. 3 vH über dem Niveau vom Vorjahr.

Schwächer als vorher expandierte im Winterhalbjahr der private Verbrauch. Bis zum Herbst war er deutlich stärker gestiegen als die Einkommen. Die Sparquote hatte sich innerhalb Jahresfrist um zweieinhalb Prozentpunkte auf etwa 4 vH ermäßigt, danach veränderte sie sich kaum mehr. Bis zur Jahreswende gingen auch von den Lagerdispositionen der Unternehmen dämpfende Wirkungen aus. Die gewerblichen Anlageinvestitionen stiegen immerhin noch mit einer Jahresrate von etwa 6 vH.

Der Rückgang der Ausfuhr scheint zum Stillstand gekommen zu sein. Der Anstieg der Einfuhr flachte sich deutlich ab; insgesamt waren die Importe 1985 real jedoch noch um 9 vH höher als im Vorjahr. Trotz der starken Abwertung des Dollars seit dem Frühjahr 1985 verschlechterten sich die Terms of Trade nur leicht, nicht zuletzt, weil ausländische Anbieter ihre Marktanteile zu behaupten suchten und die Preise auf dem amerikanischen Markt zunächst nur wenig heraufsetzten. In den letzten Monaten haben sich die Terms of Trade aufgrund der Ölverbilligung verbessert. Das Handelsbilanzdefizit erhöhte sich kaum weiter. Es nahm im vergangenen Jahr insgesamt aber noch um 25 Mrd. auf 148,5 Mrd. Dollar zu. Reichlich die Hälfte des Anstiegs ergab sich im Handel mit Japan.

Die amerikanische Zentralbank verfolgt bereits seit Ende 1984 einen sehr expansiven Kurs. Zwar wurde die Geldmenge in der Abgrenzung  $M_1$  in den letzten Monaten nicht mehr ganz so zügig ausgeweitet wie im Laufe des vergangenen Jahres. Sie liegt allerdings immer noch oberhalb des Zieltrichters, der für 1986 einen Anstieg um 3 bis 8 vH vorsieht. Ziel der Zentralbank war es vor allem, Nachfrage und Produktion anzuregen. Dem wurde das Stabilitätsziel bisher untergeordnet. Der Dollarkurs sollte gedrückt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit amerikanischer Anbieter zu stärken und damit auch protektionistischen Bestrebungen entgegenzuwirken. Das Zinsniveau gab, den wirtschaftspolitischen Vorstellungen entsprechend, im letzten halben Jahr erheblich nach; die Rendite langfristiger Regierungsanleihen ermäßigte sich um mehr als drei Prozentpunkte auf reichlich 7%. In Anbetracht des noch schwachen Anstiegs der Produktion und der Gefahr erneuten protektionistischen Drucks im Falle eines wieder steigenden Dollarkurses hat die Zentralbank den Diskontsatz im April erneut gesenkt. Die monetäre Expansion dürfte sich vorerst kaum verringern.

Unsicherheit besteht weiterhin über den Kurs der Finanzpolitik. Nachdem das Defizit im Bundeshaushalt noch bis Ende 1985 gestiegen war, sollte mit dem Gesetz zum „automatischen“ Defizitabbau die Konsolidierung vorgebracht werden; infolge verfassungsrechtlicher Bedenken ist es allerdings ungewiß, ob das Gesetz in seiner jetzigen Form zur Anwendung kommt. In jedem Falle werden aber die Ausgaben 1986 erheblich weniger erhöht als in den Vorjahren. Die angestrebte Steuerreform hat bisher kaum schärfere Konturen bekommen. Insgesamt ist nach den Absichtserklärungen von Regierung und Kongreß anzunehmen, daß von der Finanzpolitik zumindest keine expansiven Impulse mehr ausgehen werden.

Die expansiven Effekte des Ölpreyrückgangs treffen mit den geldpolitischen Anregungen zusammen. Daher wird sich der Anstieg der Inlandsnachfrage merklich beschleunigen; dies gilt vor allem für den privaten Verbrauch. Auch der Wohnungsbau wird wahrscheinlich angeregt werden. Die Investitionsneigung der Unternehmen — außerhalb des Energiesektors — dürfte sich allmählich verbessern. Hinzu kommen lagerzyklische Verstärkungen und eine günstigere Entwicklung der außenwirtschaftlichen Leistungsströme. Insgesamt wird das reale Brutto-sozialprodukt wahrscheinlich bis weit in das nächste Jahr hinein deutlich steigen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte 1986 um rund 3 vH höher sein als im Vorjahr. Dabei wird die Beschäftigung weiter zunehmen und die Arbeitslosigkeit erneut etwas zurückgehen. Der Preisauftrieb wird zunächst noch durch die Ölverbilligung gedämpft. Doch wird er sich im späteren Jahresverlauf infolge der abwertungsbedingten Teuerungsanstöße und der durch die Geldpolitik vergrößerten Überwälzungsspielräume wieder deutlich verstärken. Die Verbraucherpreise dürften 1986 insgesamt um etwa 3 vH steigen, nach 3,6 vH im Vorjahr.

### Mäßiger Produktionsanstieg in Japan

Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in Japan hat an Kraft verloren. Ausschlaggebend hierfür war die nur noch schleppende Entwicklung der Ausfuhr in die USA und den asiatischen Raum. Der private Verbrauch nahm nur verhalten zu. Stützend wirkten demgegenüber der noch kräftige Anstieg der gewerblichen Investitionen und die Belebung des privaten Wohnungsbaus. Die Terms of Trade verbesserten sich aufgrund der starken Aufwertung des Yen ab Herbst vergangenen Jahres und des Rückgangs der Ölpreise deutlich. Der Leistungsbilanzüberschuß, der 1985 49 Mrd. US-Dollar betragen hatte, nahm nicht zuletzt deshalb weiter zu.

Angesichts der nachlassenden Auftriebskräfte und der raschen Aufwertung des Yen schlug die Zentralbank einen expansiveren Kurs ein; der Diskontsatz wurde im Januar, März und April gesenkt. Demgegenüber blieb die Finanzpolitik weiterhin um Konsolidierung bemüht. Der Budgetansatz für öffentliche Investitionen wurde gleichwohl spürbar erhöht.

Im weiteren Verlauf des Jahres wird die Ausfuhr durch die verstärkte Expansion in den USA Impulse erhalten. Dem steht aber die Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit durch die starke Aufwertung des Yen sowie der Rückgang der Nachfrage aus den erdölexportierenden Ländern gegenüber. Der Export wird insgesamt nur wenig zunehmen. Die Inlandsnachfrage wird dagegen durch die starke Verbilligung der Einfuhr und durch die Senkung der Zinsen angeregt. Der Rückgang der Importpreise wird mehr und mehr auf die Verbraucherstufe durchschlagen; der private Verbrauch dürfte sich spürbar beleben. Der Anstieg der Investitionen wird als Folge der Schwäche der Auslandsnachfrage zunächst flacher, im Zuge der Belebung der Binnennachfrage aber im späteren Verlauf des Jahres wohl wieder steiler werden. Insgesamt werden Nachfrage und Produktion etwas lebhafter steigen und bis ins nächste Jahr hinein deutlicher expandieren. Die Zunahme des realen Brutto-sozialprodukts wird gleichwohl 1986 mit 3 vH nochmals geringer sein als im Vorjahr. Die Verbraucherpreise werden sich mit dem Nachlassen der ölpreisbedingten Verbilligungen wieder etwas erhöhen. Im Jahresdurchschnitt werden sie vermutlich um 1 vH über dem Niveau vom Vorjahr liegen.

### Ölpreissenkung stärkt Konjunktur in Westeuropa

In Westeuropa hat sich die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung im Winterhalbjahr in wenig verändertem Tempo fortgesetzt. Die Beschäftigung nahm leicht zu, während die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau verharrte. Vor allem der weitere Rückgang des Dollarkurses und der rasche Fall der Ölpreise führten zu einer deutlichen Abschwächung des Preisanstiegs.

Eine wichtige Auftriebskraft waren die Investitionen. Insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen expandierten nach wie vor zügig, da sich die Ertragslage der Unternehmen verbesserte und die Zinsen sanken; auch haben sich Absatzerwartungen und Kapazitätsauslastung günstig entwickelt. Zwar überwiegen immer noch die Modernisierungs- und Rationalisierungsinvestitionen, jedoch werden mehr und mehr auch Kapazitätserweiterungen vorgenommen. Besonders ausgeprägt war die Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich, der Schweiz und in Dänemark. Der Wohnungsbau nimmt erstmals seit Jahren fast überall zu. Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen haben hier ebenso wie im öffentlichen Bau, der sich ebenfalls etwas belebt hat, an Gewicht gewonnen.

Die Expansion des privaten Verbrauchs hat sich leicht verstärkt. Zwar haben die nominalen Masseneinkommen langsamer zugenommen, doch ergab sich aus dem Nachlassen des Preisauftriebs ein deutlicher Zuwachs an Kaufkraft. Es wurden wieder mehr langlebige Konsumgüter nachgefragt. Besonders lebhaft expandierte der Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden, der Schweiz und in Norwegen.

Die Ausfuhr der westeuropäischen Länder hat weiterhin nur mäßig zugenommen. Zwar beschleunigte sich die Expansion des innereuropäischen Handels leicht. Aber die Lieferungen nach Nordamerika erhöhten sich konjunktur- und wechselkursbedingt nur noch langsam; zudem ging die Ausfuhr in die OPEC-Länder erneut kräftig zurück, und der Export in die übrigen Entwicklungsländer und in die Staatshandelsländer stieg offenbar nicht mehr. Der Überschuß der Leistungsbilanz Westeuropas hat sich weiter erhöht; dies ist vor allem die Folge einer Verbesserung der Terms of Trade aufgrund des ausgeprägten Rückgangs von Ölpreis und Dollarkurs. In den Ölexportländern Großbritannien und Norwegen ist der Aktivsaldo der Leistungsbilanz zuletzt zurückgegangen.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich in den meisten Ländern weiter etwas gebessert. Die Zahl der Beschäftigten nahm leicht zu, und die Kurzarbeit ging zumeist zurück. Das Angebot an offenen Stellen erhöhte sich, wobei insbesondere qualifizierte Kräfte verstärkt gesucht wurden. Andererseits stieg die Zahl der Erwerbspersonen aus demographischen Gründen sowie infolge zunehmender Erwerbsneigung weiter an; die Arbeitslosenquote blieb daher zumeist hoch. In Frankreich und in den Niederlanden ist sie vornehmlich als Folge zusätzlicher arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zurückgegangen.

Der Preisanstieg hat sich stark verlangsamt und ist in einer Reihe von Ländern sogar zum Stillstand gekommen. Dies ging insbesondere auf die ausgeprägte Verbilligung der Einfuhr zurück; vereinzelt wird der Rückgang der Preise für Ölprodukte jedoch durch eine Anhebung indirekter Steuern teilweise kompensiert. Zudem hielt die Aufwertung der westeuropäischen Währungen

gegenüber dem Dollar an. Der inländische Kostenauftrieb hat vielfach noch nachgelassen; in den meisten Ländern hat sich der Lohnanstieg weiter verlangsamt — in Frankreich, Belgien und Italien geschah dies mit Hilfe einkommenspolitischer Maßnahmen.

Die Geldpolitik verfolgt seit Mitte vergangenen Jahres einen expansiven Kurs. Die Finanzpolitik stellt weiter auf eine Konsolidierung der Staatshaushalte ab. Zumeist soll dies durch eine Beschränkung des Zuwachses der öffentlichen Ausgaben und nicht über eine Erhöhung von Steuern und Abgaben erreicht werden. Einige Länder sehen sich jedoch in der Lage, die öffentlichen Investitionen wieder etwas stärker auszuweiten.

Die Inlandsnachfrage wird 1986 kräftiger zunehmen als im vergangenen Jahr, da sowohl die Realeinkommen der privaten Haushalte als auch die Gewinne der Unternehmen aufgrund der deutlichen Verbesserung der Terms of Trade einen Schub erhalten und die niedrigeren Zinsen stimulierend wirken. Der Anstieg des privaten Konsums dürfte sich verstärken, und die Ausrüstungsinvestitionen werden weiterhin lebhaft expandieren. Die Bautätigkeit hat den Tiefpunkt überwunden und belebt sich allmählich. Die Ausfuhr wird mit wohl wenig verändertem Tempo zunehmen. Während der Handel zwischen den westeuropäischen Ländern zügiger als bisher expandiert, dürfte die Ausfuhr in die ölexportierenden Länder verstärkt zurückgehen. Der Export in die übrige Welt wird, nicht zuletzt infolge der Abwertung des Dollars, nur leicht steigen.

Im Jahre 1986 wird das reale Bruttosozialprodukt in Westeuropa wahrscheinlich um annähernd 3 vH zunehmen, nach 2½ vH im Jahr 1985. Die Chancen für eine etwas raschere Zunahme der Beschäftigung und eine gewisse Verringerung der Arbeitslosigkeit verbessern sich. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird sich von etwa 5½ vH im Durchschnitt des vergangenen Jahres auf 3½ vH im Jahre 1986 abschwächen. Die Impulse vom Rückgang des Ölpreises und den niedrigeren Zinsen werden bis in das nächste Jahr hinein wirken; im Durchschnitt des Jahres 1987 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in ähnlichem Maß steigen wie in diesem Jahr.

### Leichter Anstieg der Rohstoffpreise

Auf den Weltmärkten für Industrierohstoffe blieb die Nachfrage in den letzten Monaten schwach. Bei weiterhin reichlichem Angebot sanken vor allem die Notierungen für NE-Metalle. Die Krise des Londoner Zinnmarktes ließ auch auf anderen Märkten Unsicherheit aufkommen. Allein die Notierungen für Holz, Zellstoff und Aluminium stiegen. Für die meisten Länder außerhalb des Dollarraumes haben sich Rohstoffe spürbar verbilligt. Auf Dollarbasis erhöhte sich das Preisniveau für Industrierohstoffe im Laufe des Winterhalbjahres, bedingt durch die starke Abwertung der amerikanischen Währung, um rd. 5 vH.

Die Nachfrage nach Industrierohstoffen wird im Verlauf dieses Jahres zunehmen. Der laufende Verbrauch wird wegen der sich verstärkenden Expansion in den Industrieländern steigen. Bei den besseren Konjunkturaussichten ist auch mit einer wachsenden Bereitschaft der Verarbeiter und Händler zu rechnen, ihre niedrigen Vorräte etwas aufzustocken. Andererseits bestehen bei agrarischen Rohstoffen wie Baumwolle, Wolle und Naturkautschuk erhebliche Vorräte in den Exportländern, und bei Metallen können ungenutzte Produktionskapazitäten relativ rasch reaktiviert werden. Überdies streben viele Entwicklungsländer eine Steigerung der Rohstoffherzeugung an. Unter diesen Bedingungen dürfte die Erhöhung der Nachfrage im weiteren Verlauf des Jahres 1986 nur zu einem mäßigen Anstieg der Preise für Industrierohstoffe führen.

Auf dem Weltmarkt für Erdöl kam es nach der Jahreswende zu einem Preissturz, nachdem Saudi-Arabien schon im Herbst seinen Ölabsatz mit Hilfe von Preiskonzessionen forciert hatte. Der durchschnittliche Importpreis für Rohöl in den Industrieländern sank von etwa 27½ Dollar je Barrel Ende letzten Jahres auf zuletzt 15 Dollar. Die Erdölnachfrage wird in den Industrieländern selbst bei einem kräftigeren Wirtschaftsaufschwung nur wenig steigen, weil die Bemühungen um Energieeinsparung und Ölsubstitution auch nach dem Preisrückgang nicht abrupt nachlassen werden. Entscheidend für die Ölpreisentwicklung wird daher fürs erste das weitere Verhalten der Anbieter sein. Eine große Zahl der Förderländer, innerhalb und außerhalb der OPEC, ist wegen ihrer Zahlungsbilanzschwierigkeiten eher auf eine Ausweitung der Produktion und des Exports eingestellt. Es ist indes immer deutlicher geworden, daß eine derartige Politik zu Preisrückgängen führt, die letztlich — bei der kurzfristig wenig elastischen Nachfrage — die Exporterlöse aller reduzieren. Unter diesen labilen Bedingungen ist eine Prognose des Ölpreises, die einen hohen Wahrscheinlichkeitsgrad beanspruchen kann, nicht möglich. Für dieses Jahr wird hier angenommen, daß der Ölpreis etwa auf seinem gegenwärtigen Niveau bleibt.

Auf den Weltmärkten für Nahrungs- und Genußmittel ist das Preisniveau kräftig gestiegen. Darin schlug sich vor allem die Hausse auf den Kaffee- und Zuckermärkten nieder. Die Preise für Weizen, Mais und Sojabohnen hielten sich in letzter Zeit trotz der hohen Ernten in der Saison 1985/86 infolge der zunehmenden Einlagerung dieser Erzeugnisse in den USA im Rahmen von staatlichen Stützungsprogrammen auf dem erhöhten Niveau. Im Rahmen des neuen agrarpolitischen Kurses in den USA sollen 1986/87 die Garantiepreise für Agrarprodukte gesenkt werden. Aus diesem Grunde ist selbst bei geringeren Ernten mit einem größeren Exportangebot auf den Weltmärkten für Getreide und Ölsaaten zu rechnen. Da auch der Druck auf die Preise für Genußmittel, wie Kaffee

und Kakao, zunehmen dürfte, wird das Preisniveau auf den Nahrungs- und Genußmittelmärkten insgesamt im weiteren Verlauf des Jahres 1986 etwas sinken.

### Leicht verstärkter Anstieg des Welthandels

Der reale Welthandel nimmt seit mehr als einem Jahr nur noch langsam zu; im Jahre 1985 erhöhte er sich um reichlich 3 vH. Die Einfuhr der Industrieländer stieg in mäßigem, zuletzt aber offenbar leicht verstärktem Tempo, während die Einfuhr der Entwicklungsländer sank. Vor allem die Ölexportländer schränkten ihre Importe weiter erheblich ein, da ihre Ausfuhrerlöse erneut zurückgingen. Aber auch die ölimportierenden Entwicklungsländer drosselten die Einfuhr wieder, da sich ihre Terms of Trade insbesondere wegen der Abwertung des — zumeist als „Leitwährung“ benutzten — Dollars verschlechterten und die Finanzierung der wieder zunehmenden Leistungsbilanzdefizite schwieriger wurde.

Aufgrund der starken Abwertung des Dollars und des Rohölpreisverfalls seit Ende letzten Jahres haben sich die Terms of Trade für die meisten Länder stark verändert. Die davon ausgehenden Impulse auf Einkommen und Nachfrage werden die Struktur des Welthandels im weiteren Verlauf dieses Jahres und noch darüber hinaus erheblich beeinflussen.

Mit der vom Ölpreissturz gestärkten konjunkturellen Expansion in den Industrieländern wird sich deren Einfuhr beleben. In Westeuropa wird diese Tendenz von der Aufwertung gegenüber dem Dollar merklich gefördert, in den USA aus gleichem Grunde gebremst. Zugleich dürfte sich die Importfähigkeit der erdölimportierenden Entwicklungsländer vor allem aufgrund der Verbilligung der Erdölbezüge, aber auch aufgrund der wieder zunehmenden Erlöse aus dem Export in die Industrieländer etwas vergrößern. Demgegenüber kommt es in den erdölexportierenden Entwicklungsländern voraussichtlich zu einer erheblichen weiteren Einschränkung der Einfuhr, auch wenn die Anpassung an die Verringerung der Ausfuhrerlöse durch den Rückgriff auf Auslandsanlagen und durch zusätzliche Verschuldung „abgefedert“ und damit zeitlich gestreckt wird. Der Import der Staatshandelsländer dürfte kaum noch steigen. Einmal werden sich die Deviseneinnahmen der Sowjetunion, die überwiegend aus dem Export von Öl und Gas stammen, drastisch verringern. Zum anderen werden auch die Importe der Volksrepublik China vermutlich eingeschränkt werden, nachdem der Einfuhrboom in den Jahren 1984 und 1985 zu einer starken Passivierung der Leistungsbilanz geführt hatte.

Insgesamt dürfte sich die Expansion des Welthandels in diesem Jahr leicht beschleunigen. Im Jahresdurchschnitt wird die Zunahme mit annähernd 4 vH etwas größer sein als im Vorjahr.

## Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland setzte sich die konjunkturelle Aufwärtsbewegung im Winterhalbjahr nur stark abgeschwächt fort. Im Verarbeitenden Gewerbe waren Auftragseingang und Produktion im Frühjahr nicht höher als im Herbst. Den Ausschlag für die Abschwächung gab — bei nur schwacher Expansion des Welthandels — die Höherbewertung der D-Mark, insbesondere gegenüber dem US-Dollar. Der zuvor starke Anstieg der Warenausfuhr kam fast zum Stillstand.

Aufgrund der günstigen Rahmenbedingungen kann jedoch damit gerechnet werden, daß die Auftriebskräfte wieder die Oberhand gewinnen. In den ersten Monaten dieses Jahres gingen vom Rückgang des Erdölpreises auf den Weltmärkten und der Verbilligung der Einfuhren durch die Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem Dollar Anregungen auf die Binnennachfrage aus. Hinzu kam die erste Stufe der Steuerentlastung. Die privaten Haushalte verfügen daher seit Beginn des Jahres über erheblich mehr Einkommen und Kaufkraft.

Die Verlagerung der Auftriebskräfte von der Auslandsnachfrage auf die Inlandsnachfrage verlief aber nicht nahtlos, denn die Unternehmen reagierten auf die Wechselkursänderung und die Verbilligung von Öl zunächst mit Zurückhaltung, insbesondere bei ihren Lagerdispositionen. Außerdem wurden Produktion und Beschäftigung in den witterungsabhängigen Bereichen erneut durch eine außergewöhnlich ungünstige Witterung beeinträchtigt. Daher ließ die übliche Frühjahrsbelebung vor allem im Baugewerbe lange auf sich warten.

Die Entwicklung der Beschäftigung blieb aufwärtsgerichtet; der Anstieg war aber etwas schwächer als zuvor. Die Zahl der Arbeitslosen verharrte saisonbereinigt mit 2,3 Mill. auf dem Stand vom Herbst.

### Kräftige Ausweitung der Geldversorgung

Die monetäre Entwicklung stand im Zeichen der Lockerung. Im Herbst stiegen die Zinsen auf dem Kapitalmarkt zwar vorübergehend an, weil nach der Erklärung der Finanzminister und Notenbankgouverneure in New York Besorgnis aufgekomen war, die Bundesbank werde die Geldpolitik straffen, um den Wechselkurs der D-Mark zu stützen. Als sich diese Sorge jedoch als unbegründet erwies, gingen die Kapitalmarktzinsen wieder zurück.

Nach der Jahreswende beschleunigte sich der Rückgang sogar. Hierfür gab es außenwirtschaftliche und binnenwirtschaftliche Gründe. Auf den Devisenmärkten verstärkten sich die Erwartungen auf eine weitere Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem Dollar und auf ihre Aufwertung im Europäischen Währungssystem. Hinzu kam, daß — ausgehend von den USA — die Zinsen weltweit wieder deutlich zurückgingen; im März wurde diese

Entwicklung durch eine konzertierte Senkung der Diskontsätze in den großen Industrieländern gefördert. All dies lenkte in beträchtlichem Umfang Kapital auf die Wertpapiermärkte in der Bundesrepublik. Im Inland sprach neben der starken Abflachung des Anstiegs der Verbraucherpreise die Entwicklung der Kreditnachfrage für niedrigere Zinsen: Der Staat nahm wegen der anhaltenden Verringerung des Defizits kaum noch Kredite auf, die gewerbliche Wirtschaft weitete ihre Verschuldung auch wegen der beachtlichen Gewinnsteigerungen weiterhin nur moderat aus, und die Kreditaufnahme für den Wohnungsbau blieb gering. Derzeit liegt die Umlaufrendite von festverzinslichen Wertpapieren bei 5½%, also etwa einen Prozentpunkt niedriger als im Spätsommer des vergangenen Jahres.

Infolge der Zinssenkungen hielt die starke monetäre Expansion an, die im Sommer des vergangenen Jahres eingesetzt hatte. Die Geldmenge in der engen Abgrenzung ( $M_1$ ) stieg im Durchschnitt der letzten Monate mit der hohen Jahresrate von etwa 10 vH. Die Zentralbankgeldmenge nahm ebenfalls stark zu. Nachdem sie Ende des vergangenen Jahres den oberen Bereich des Zieltrichters erreicht hatte, erhöhte sie sich nach der Jahreswende schubartig und liegt seither oberhalb des Zieltrichters, den die Bundesbank für dieses Jahr wegen der erwarteten Verstärkung des Potentialwachstums um einen halben Prozentpunkt steiler angesetzt und durch laufende Raten von 3½ bis 5½ vH begrenzt hat. Zum schubartigen Anstieg trugen allerdings spekulative Devisenzuflüsse sowie eine umfangreiche Finanztransaktion im Zusammenhang mit dem Verkauf eines großen Unternehmens bei. Nach der Neuordnung der Leitkurse im Europäischen Währungssystem sind Devisen in beträchtlichem Umfang abgeflossen. Auch die von der Finanztransaktion ausgehenden Wirkungen auf die Geldmenge werden nicht von Dauer sein.

Die monetäre Expansion dürfte in der Grundtendenz jedoch recht kräftig bleiben. Dies gilt um so mehr, als sich die Bundesbank im März an der mit anderen Notenbanken abgesprochenen Diskontsenkungsrunde beteiligt und auch die Sätze für Wertpapierpensionsgeschäfte herabgesetzt hat.

### Finanzpolitik seit Jahresbeginn leicht expansiv

Die Finanzpolitik ist nach wie vor bestrebt, die öffentlichen Defizite zu verringern; dem widerspricht nicht, daß zu Beginn dieses Jahres die erste Stufe der steuerlichen Entlastung in Kraft getreten ist.

Im vergangenen Jahr stiegen die Ausgaben des Staates mit 3 vH weniger stark als im Jahr zuvor. Dies war jedoch weniger auf zusätzliche Sparanstrengungen zu-

rückzuführen als vielmehr auf die niedrigeren Auszahlungen der befristeten Investitionszulage und auf die geringeren Zahlungen von Rückkehrhilfe an ausländische Arbeitnehmer. Bei einigen Ausgaben hat sich allerdings der Anstieg leicht verstärkt: Die Personalausgaben wurden nicht mehr so kurzgehalten wie im Vorjahr; die tariflichen Erhöhungen fielen etwas stärker aus, und der Personalstand wurde ausgeweitet. Auch die Übertragungen an private Haushalte stiegen etwas mehr, weil einige Kürzungen zurückgenommen und zusätzliche Leistungen gewährt wurden. Die öffentlichen Investitionen waren zum ersten Mal seit 1980 nicht mehr niedriger als im Vorjahr; im Verlauf des Jahres nahmen sie wieder zu. Den Ausschlag für die Tendenzumkehr gab die inzwischen verbesserte Finanzlage der Gemeinden.

Die staatlichen Einnahmen stiegen wiederum stärker als die Ausgaben, besonders kräftig die Einnahmen aus direkten Steuern sowie das Beitragsaufkommen der Sozialversicherung.

Das staatliche Defizit sank im vergangenen Jahr um 13,5 Mrd. DM auf 20 Mrd. DM: Das Defizit der Gebietskörperschaften ging um rund 8 Mrd. DM zurück, die Sozialversicherung erzielte nach einem ausgeglichenen Haushalt im Jahre 1984 einen Überschuß von etwa 5 Mrd. DM.

### **Außenwirtschaft unter dem Einfluß von Aufwertung und Ölverbilligung**

Die außenwirtschaftliche Entwicklung wurde durch die Höherbewertung der D-Mark und den drastischen Rückgang des Erdölpreises beeinflusst. Die Abflachung des Anstiegs der Ausfuhr hatte sich schon im Frühjahr 1985 im Auftragseingang aus dem Ausland angekündigt. Mit der anhaltenden Aufwertung der D-Mark schwächte sich die Expansion der Ausfuhr immer mehr ab. In der Grundtendenz ist sie im Winterhalbjahr kaum noch gestiegen. Der Export besonders preiselastischer Erzeugnisse, wie Grundstoffe und Produktionsgüter, ging sogar zurück; kaum betroffen war dagegen die Ausfuhr von Investitionsgütern.

Zugenommen haben lediglich noch die Lieferungen in die Partnerländer in der Europäischen Gemeinschaft und zuletzt wieder die in die USA. Die Lieferungen in die Entwicklungsländer, besonders in die Länder der OPEC, gingen dagegen weiter zurück.

Die Wareneinfuhr nahm in der Grundtendenz stärker zu als die Ausfuhr. Schwankungen ergaben sich insbesondere beim Import von Energieträgern, der durch spekulative Dispositionen beeinflusst wurde. Die Einfuhr von Enderzeugnissen, vor allem von Investitionsgütern, stieg mit einer Jahresrate von reichlich 10 vH.

Der Außenbeitrag hat sich in realer Rechnung vermindert. Da die Einfuhrpreise stark, die Ausfuhrpreise aber vergleichsweise wenig zurückgingen, die Terms of Trade

sich also erheblich verbesserten, erhöhte sich der Außenbeitrag in nominaler Rechnung weiter. Der Überschuß in der Leistungsbilanz hat sich nochmals vergrößert.

### **Binnennachfrage stützt Konjunktur**

Der private Verbrauch, der im letzten Viertel des vergangenen Jahres etwas nachgelassen hatte, erholte sich zu Beginn des neuen Jahres beachtlich. Dies spiegelt sich in der kräftigen Steigerung des Einzelhandelsumsatzes wider. Begünstigt waren vor allem die Anbieter von dauerhaften Konsumgütern, zum Beispiel von Einrichtungsgegenständen, Elektrogeräten und Kraftfahrzeugen. Die Ausgaben für Dienstleistungen, insbesondere für Reisen, nahmen ebenfalls deutlich zu.

Der private Verbrauch wurde kräftig ausgeweitet, weil die Kaufkraft der privaten Haushalte wegen der günstigen Entwicklung der nominalen Einkommen und der Verbraucherpreise spürbar gestärkt wurde. Die Einkommen der Arbeitnehmer expandierten beschleunigt, vor allem, weil die erste Stufe der Steuerreform in Kraft trat. Die übertragenen Einkommen sind aufgrund von Änderungen im Leistungsrecht ebenfalls beschleunigt gestiegen. Insgesamt nahmen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Winterhalbjahr mit einer laufenden Jahresrate von 6 vH zu. Real war das Tempo ebenso groß, weil die Verbraucherpreise in dieser Periode stabil geblieben sind. Trotz der deutlichen Zunahme der Verbrauchsausgaben hat sich auch die Sparquote erhöht.

Die Ausrüstungsinvestitionen, die im Sommer vorigen Jahres stagniert hatten, steigen seit dem Herbst wieder. Der Anteil importierter Investitionsgüter hat weiter zugenommen und beträgt nun schon fast ein Viertel.

Besonders kräftig wird in Büromaschinen und ADV-Geräte und -Einrichtungen investiert. Im Verarbeitenden Gewerbe ist der Investitionsanstieg nach wie vor am stärksten. Im Jahresdurchschnitt 1985 betrug hier die Zunahme mehr als 15 vH, in der übrigen Wirtschaft dagegen nur 6 vH.

Bei den Bauinvestitionen wurde die konjunkturelle Tendenz erneut von Sonderbewegungen überlagert: Im Sommerhalbjahr 1985 war die Entwicklung durch das Aufholen der hohen witterungsbedingten Ausfälle im davorliegenden Winter geprägt. Der Rückgang im letzten Jahresviertel 1985 war mithin zum Teil Reaktion auf diese Überhöhung. Nach der Jahreswende wurde die Bautätigkeit abermals durch extreme Kälte beeinträchtigt. Die Bauinvestitionen trugen daher — im Unterschied zu den Ausrüstungen und dem privaten Verbrauch — zunächst zur Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung nicht bei. Der konjunkturelle Rückgang der Bauproduktion dürfte jedoch — obwohl der Wohnungsbau bis zuletzt schrumpfte — zu Ende gegangen sein. Hierfür spricht die Entwicklung der Nachfrage im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Bau.

Im Wirtschaftsbau tritt nach den Verwerfungen, die vor allem durch die Investitionszulage und die Ballung von Großaufträgen ausgelöst worden waren, eine deutliche Verbesserung der Investitionsneigung zutage. Die Bautätigkeit belebte sich schon in der zweiten Jahreshälfte 1985; nur das ungewöhnlich kalte Wetter hat die Fortsetzung des Anstiegs zu Beginn dieses Jahres verhindert.

Auch der öffentliche Bau trägt mehr und mehr zur Expansion der inländischen Nachfrage bei. Schwerpunkt des Anstiegs ist der Sonstige öffentliche Tiefbau, eine Sparte, in der zum Beispiel Vorhaben des Umweltschutzes verbucht werden.

### **Unerwartet starke Abflachung des Produktionsanstiegs**

Angesichts stagnierender Auslandsnachfrage und nur wenig steigender Inlandsnachfrage weiteten die Unternehmen ihre Produktion im Winterhalbjahr beträchtlich langsamer aus als im Sommer. Das Sozialprodukt nahm vom dritten Vierteljahr bis zum ersten Vierteljahr nur noch mit einer Jahresrate von 2 vH zu, gegenüber einer von 6 vH im Sommer. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die Produktion damals durch Nachholbedarf zusätzlich gesteigert worden war, danach aber durch das ungewöhnlich frühe und lang andauernde Winterwetter gedrückt wurde. Das Maß der konjunkturellen Verlangsamung wird also durch den Vergleich der Raten überzeichnet.

### **Beschäftigung weiter gestiegen, Arbeitslosigkeit noch nicht gesunken**

Die Zahl der Beschäftigten nahm leicht abgeschwächt zu. Im Verarbeitenden Gewerbe konzentrierte sich die Zunahme der Beschäftigung weiterhin auf das Investitionsgütergewerbe; Rückgänge gab es hier lediglich im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. Die Bauwirtschaft schränkte ihre Belegschaft nur noch wenig ein. Im Handel und im Verkehr stieg die Beschäftigung bisher nicht nennenswert, im Dienstleistungsgewerbe setzte sich die Zunahme nicht mehr so kräftig fort.

Seit dem Tiefpunkt zur Jahreswende 1983/84 wurde die Belegschaftszahl in der Gesamtwirtschaft zwar um knapp 350 000 erhöht; der Verlust aus der vorangegangenen Rezession wurde jedoch bisher erst zu einem Drittel wettgemacht, im Verarbeitenden Gewerbe sogar erst zu einem Viertel. Der Fahrzeugbau und die Hersteller von ADV-Geräten beschäftigen allerdings bereits mehr Arbeitskräfte als vor der Rezession.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen blieb fast unvermindert hoch, da der Zustrom an neuen Arbeitskräften und an jenen aus der Stillen Reserve kaum geringer war als die Zahl der zusätzlichen Einstellungen. Zudem wurde der Arbeitsmarkt durch die Vorruhestandsregelungen bisher nur wenig entlastet; lediglich etwa 50 000 Per-

sonen dürften aufgrund dieser Regelungen eingestellt worden sein. Mit 2,3 Millionen war die Zahl der registrierten Arbeitslosen Ende März saisonbereinigt noch ebenso hoch wie zum Zeitpunkt der Wende in der Beschäftigung. Erstmals spürbar gesunken ist im vergangenen Jahr die Stille Reserve.

Die Arbeitslosigkeit von Männern und die von Frauen entwickelte sich unterschiedlich. Während die Zahl der arbeitslosen Männer sinkt, nimmt die der arbeitslosen Frauen weiter zu, obwohl die Beschäftigung von Frauen rascher steigt als die von Männern. Dies liegt vor allem an dem vergleichsweise starken Wachstum des Potentials an weiblichen Arbeitskräften.

Anders als die Arbeitslosigkeit ging die Kurzarbeit erneut merklich zurück. Die starke Inanspruchnahme von Kurzarbeit in der Bauwirtschaft dürfte zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß sie sich leichter handhaben läßt als die Schlechtwettergeldregelung.

Einen weiteren Hinweis auf die verbesserte Lage auf dem Arbeitsmarkt gibt die Entwicklung der offenen Stellen. Ihre Zahl hat sich seit der konjunkturellen Wende zwar nur um 70 000 auf 140 000 erhöht; berücksichtigt man jedoch, daß die Unternehmen häufig keine Chance sehen, ihren Bedarf über das Arbeitsamt zufriedenstellend zu decken, und deshalb freie Stellen nicht melden, so darf man annehmen, daß die tatsächliche Zahl der offenen Stellen erheblich stärker gestiegen ist. Dies korrespondiert mit der Zunahme der Zahl der Unternehmen im IFO-Konjunkturtest, die melden, ihre Produktion werde durch Mangel an Arbeitskräften behindert; in der Regel handelt es sich um Mangel an Fachkräften, doch gibt es auch Bereiche, in denen Hilfskräfte fehlen. In einigen Branchen ist die Zahl dieser Meldungen stark gestiegen, insgesamt ist sie, verglichen mit früheren Aufschwungsphasen, immer noch gering.

### **Preisstabilität importiert**

Die Preisentwicklung wird seit dem Herbst vor allem durch die Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar um mehr als ein Fünftel und durch den Fall der Rohölpreise auf den Weltmärkten um fast die Hälfte geprägt. Die Bundesrepublik importierte also in den zurückliegenden Monaten in erheblichem Maße Stabilität. Obwohl der lange Zeit sehr flache „hausgemachte“ Anstieg von Kosten und Preisen eher wieder steiler wurde, gehen die Indizes der industriellen Erzeugerpreise und der Verbraucherpreise seit Ende vorigen Jahres sogar zurück.

Rasch und spürbar entlastet wurden die Verbraucher vor allem durch den Rückgang der Preise von Kraftstoffen und Heizöl. Eine Rolle spielte daneben die Verbilligung von Obst und Gemüse. Insgesamt waren die Verbraucherpreise im März kaum höher als ein Jahr zuvor. Ohne die außenwirtschaftlichen Einflüsse hätte der Preisanstieg etwa 2 vH betragen.

## Ausblick

Nach der Pause im Winterhalbjahr setzt sich der Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland nun fort. Lagerbildung, Bautätigkeit und Ausfuhr, deren Abschwächung im vergangenen Halbjahr dazu geführt hatte, daß die gesamtwirtschaftliche Expansion trotz kräftiger Belebung des Konsums und weiterer Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen zum Stocken kam, werden wieder steigen. Damit erhöht sich die wirtschaftliche Aktivität in allen großen Bereichen, gefördert vom Rückgang des Ölpreises und der Zinsen. Das Expansionstempo wird dabei in diesem Jahr höher sein als in den ersten drei Jahren des Aufschwungs.

Der Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung liegt wie üblich eine Reihe von Annahmen und Setzungen zugrunde. Die wichtigsten sind:

- In den Industrieländern und in den erdölimportierenden Entwicklungsländern nehmen Nachfrage und Produktion beschleunigt zu, wie im weltwirtschaftlichen Teil dieser Diagnose ausführlich dargestellt ist. Der Welthandel steigt mit etwa 4 vH wieder etwas stärker als bisher.
- Auf den Weltmärkten bleibt der Ölpreis vorerst auf einem Niveau von etwa 15 Dollar je Barrel. Die Preise für Industrierohstoffe steigen leicht.
- Der Wechselkurs der D-Mark schwankt um 2,30 DM je Dollar. Gegenüber den Währungen der meisten europäischen Länder verändert er sich nicht.
- Die Finanzpolitik folgt weitgehend dem in den Haushaltsplänen vorgezeichneten Kurs. Unabweisbare Mehrausgaben werden zu einem erheblichen Teil durch Einsparungen an anderer Stelle ausgeglichen.
- Die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge wird wieder verringert. Im späteren Verlauf des Jahres nähert sich die Geldmenge dem oberen Rand des Zieltrichters, den die Deutsche Bundesbank für das Jahr 1986 vorgegeben hat.
- Die Lohnabschlüsse sind etwas höher, als hier im Herbst vergangenen Jahres angenommen wurde. Sie übertreffen die im Vorjahr vereinbarten Steigerungsraten um etwa einen Prozentpunkt.

### Wieder etwas stärkere Zunahme der Ausfuhr

Die Ausfuhr, die im Winterhalbjahr in der Grundtendenz kaum noch gestiegen war, dürfte mit der Verstärkung von Nachfrage und Produktion in den Industrieländern wieder deutlicher zunehmen. Der Handel mit Industriegütern wird noch etwas stärker als der Welthandel expandieren.

Mit der Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem Dollar und ihrer Aufwertung im Europäischen Währungssystem haben deutsche Anbieter zwar Wettbewerbsvor-

teile verloren. So schwächt der Rückgang des Dollarkurses die Wettbewerbsposition deutscher Anbieter nicht nur auf dem amerikanischen Markt, sondern auch auf Drittmärkten. Die deutschen Lieferanten fangen jedoch einen Teil dieses Effektes dadurch auf, daß sie eine Einengung der vorher kräftig gestiegenen Gewinnmargen hinnehmen, um Marktanteile zu halten.

Vom Ölpreisfall gehen gegenläufige Wirkungen auf die deutsche Ausfuhr aus. Einerseits wird er zu einem weiteren Rückgang der Bezüge der ölexportierenden Länder führen. Andererseits stimuliert er in den ölimportierenden Ländern die konjunkturelle Expansion und damit auch die Einfuhr. Das wird auch den deutschen Exporteuren zugute kommen. Insgesamt werden die stimulierenden Effekte des Ölpreistrückgangs überwiegen.

Alles in allem dürften die Warenexporte im Laufe dieses Jahres mit einer laufenden Jahresrate von etwa 4 vH zunehmen; im Jahresdurchschnitt werden sie dann um 3 vH höher sein als im Vorjahr.

Die Ausfuhr von Dienstleistungen wird durch die Höherbewertung der D-Mark ebenfalls gedämpft. So verteuern sich Reisen in die Bundesrepublik für Ausländer, und die Einnahmen aus Kapitalanlagen im Dollar-Raum sinken. Zudem sind auch im Ausland die Zinsen zurückgegangen.

Die Aufwertung der D-Mark wird es deutschen Exporteuren vorerst erschweren, höhere Preise durchzusetzen. Bei einer Reihe von Grundstoffen wird es sogar zu weiteren Preistrückgängen kommen. Insgesamt werden die Ausfuhrpreise im Durchschnitt dieses Jahres niedriger als im Vorjahr sein.

### Ausrüstungsinvestitionen nehmen weiter deutlich zu

Die Investitionsneigung der Unternehmen ist, gemessen an der Entwicklung der inländischen Auftragseingänge bei der Investitionsgüterindustrie, seit geraumer Zeit kaum noch gestiegen. Doch die Investitionsbedingungen verbessern sich weiter:

- Die Binnennachfrage nimmt verstärkt zu. Da sich die Kaufkraft der privaten Haushalte kräftig erhöht hat, erfaßt der Konjunkturaufschwung auch jene Bereiche, wie den Handel und die Konsumgüterindustrie, die lange hinter der allgemeinen Konjunktorentwicklung zurückgeblieben waren. Wieder günstiger wird sich auch die Auslandsnachfrage entwickeln. Insgesamt verbessern sich so die Absatz- und Ertragerwartungen.
- Die Finanzierungsbedingungen sind günstiger als seit langem. Zum einen sind die Unternehmen dank der stark verbesserten Erträge in der Lage, die Investitionen zu einem sehr hohen Anteil aus Eigenmitteln zu finanzieren. Zum anderen sind die Kosten der Fremdfinanzierung erheblich zurückgegangen.

- Erhöhte Erträge aus Sachanlagen und abnehmende Renditen aus Finanzanlagen haben dazu geführt, daß Investitionen in Sachkapital im Verhältnis zu Investitionen in Finanzanlagen lohnender geworden sind.
- Die Auslastung der Kapazitäten nimmt weiter zu. Da immer mehr Unternehmen nahe der Kapazitätsgrenze produzieren, gewinnt das Erweiterungsmotiv an Bedeutung.
- Das Angebot an rechnergestützten Maschinen ist breiter geworden und ermöglicht Produkt- und Prozeßinnovationen in immer mehr Bereichen der Wirtschaft.

Alles in allem kann mit einem deutlichen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen im Lauf des Jahres 1986 gerechnet werden. Dafür sprechen auch die Ergebnisse von Unternehmensbefragungen. Wegen der Aufwertung der D-Mark ist eine weitere Erhöhung des Anteils importierter Güter an den Investitionen zu erwarten.

#### **Erstmals wieder Zunahme der Bauinvestitionen**

Der Tiefpunkt in der Entwicklung der Bauinvestitionen ist zwar überschritten, doch der Wiederanstieg wird in diesem Jahr nur gering sein. Für den Wohnungsbau ist zunächst sogar noch mit einem leichten Rückgang zu rechnen. Die Voraussetzungen für eine Belebung der Nachfrage nach Wohnbauleistungen haben sich aber inzwischen erheblich verbessert. So liegt der Hypothekenzins bei nur noch knapp 7 vH und damit etwa vier Prozentpunkte unter dem Höchststand vom Jahre 1981. Die Baukosten sind zuletzt kaum noch gestiegen, die Baulandpreise gesunken, und schließlich nehmen die Realeinkommen der privaten Haushalte deutlich zu.

Die steuerliche Behandlung von selbstgenutzten Wohnungen, die nach dem 31.12.1986 fertiggestellt werden, ist geändert worden. Die Neuregelung dürfte sich schon in diesem Jahr auf die Nachfrage nach Wohnbauleistungen auswirken. Für den Einfamilienhausbau sind positive Effekte zu erwarten; hier werden der Abschreibungshöchstbetrag erhöht, die Grundstückskosten zur Hälfte einbezogen und das „Baukindergeld“ ausgeweitet. Für den Bau von Zweifamilienhäusern ist dagegen wegen des Wegfalls steuerlicher Vorteile mit dämpfenden Effekten zu rechnen.

Da sich auch die Nachfrage nach Modernisierungs- und Instandsetzungsleistungen weiter verstärken dürfte, kann mit einer gewissen Belebung im Wohnungsbau gerechnet werden, die sich vorwiegend allerdings erst im Jahr 1987 auswirken wird. Sie wird sich aber wegen des hohen Wohnungsbestandes und des Wegfalls der Inflationserwartungen, die früher ein wichtiges Motiv für den Erwerb von Wohneigentum waren, sicherlich in engen Grenzen halten.

Im Wirtschaftsbau dürfte sich der in der Grundtendenz schon länger anhaltende Anstieg fortsetzen. Dafür spre-

chen neben den Faktoren, die auch die Ausrüstungsinvestitionen begünstigen, die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen für Betriebsgebäude und die Aufstokkung des Mittelstandsprogramms der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Auch werden mit steigender Auslastung der Kapazitäten zunehmend Bauinvestitionen der Wirtschaft erforderlich.

Im öffentlichen Bau werden Nachfrage und Produktion ebenfalls weiter zunehmen. Der Finanzierungsspielraum der Gebietskörperschaften, vor allem der Gemeinden, auf die der größte Teil der staatlichen Investitionen entfällt, ist größer geworden. Allerdings dürfte der Anstieg verhalten bleiben, schon weil die Gemeinden die Folgekosten mehr beachten als früher. Öffentliche Bauinvestitionen werden auch durch zusätzliche Bundesmittel für die Städtebauförderung und durch zinsverbilligte Mittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau, der Lastenausgleichsbank und des ERP-Sondervermögens stimuliert; hier ist jedoch mit erheblichen Mitnahmeeffekten zu rechnen.

Insgesamt dürften die Bauinvestitionen im Verlauf dieses Jahres wieder zunehmen; sie werden aber wegen des niedrigen Ausgangsniveaus im Durchschnitt des Jahres nur wenig über dem Stand im Vorjahr liegen.

#### **Kräftige Expansion des privaten Verbrauchs**

Die Einkommen der privaten Haushalte werden auch im weiteren Verlauf dieses Jahres zügig expandieren. Dazu tragen die höheren Tarifabschlüsse, eine steigende Lohndrift aufgrund von Zusatzvereinbarungen und Überstunden bei. Aber auch das Arbeitsvolumen wird zunehmen, da die Zahl der Beschäftigten verstärkt steigt und Arbeitszeitverkürzungen nur noch in geringem Umfang wirksam werden. Die Bruttoarbeitseinkommen werden mit 5,5 vH in diesem Jahr um fast zwei Prozentpunkte mehr zunehmen als im vergangenen. Netto werden sie sich wegen der Steuerentlastung sogar rascher erhöhen als brutto.

Die Transfer-Einkommen werden wegen der Aufstokkung einiger Leistungen ebenfalls deutlich stärker zunehmen als bisher. Da auch die Entnahmen aus Gewinnen bei der zu erwartenden günstigen Gewinnentwicklung kräftig steigen, wird der Zuwachs des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte nominal mit reichlich 5½ vH erheblich größer sein als im Jahr 1985. Real ist der Anstieg wegen der nahezu stabilen Preise nur wenig niedriger als nominal. Damit erreicht er eine Größenordnung wie zuletzt zu Beginn der siebziger Jahre.

Der beschleunigte Einkommensanstieg wird das Sparverhalten beeinflussen. So dürften die privaten Haushalte einen Teil des zusätzlichen Einkommens zur Wiederauffüllung ihrer Ersparnisse nutzen. Vorübergehend mag es auch zu ungeplanter Ersparnisbildung kommen; die durch Preissenkungen eigesparten Beträge werden nicht sofort vollständig verausgabt. Andererseits wirkt der Zins-

rückgang dem Anstieg der Sparquote entgegen. Per Saldo überwiegen in diesem Jahr sicherlich die auf eine Erhöhung der Sparquote hinwirkenden Einflüsse. Sie dürfte um einen halben bis einen ganzen Prozentpunkt höher ausfallen als im Jahr 1985.

Insgesamt wird der reale private Verbrauch im Verlauf dieses Jahres kräftig expandieren. Im Jahresergebnis dürfte er um 4½ vH größer sein als vor einem Jahr, ein Anstieg, wie er zuletzt vor zehn Jahren zu beobachten war. Überdurchschnittlich steigen weiterhin die Ausgaben für langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen, insbesondere Reisen.

### Weiterer Rückgang des Staatsdefizits

Nachdem in den vergangenen Jahren die Konsolidierung der Staatsfinanzen im Mittelpunkt der finanzpolitischen Bemühungen gestanden hatte, wurde nun auch mit der allgemeinen Verringerung der Abgabenbelastung begonnen; die erste Stufe der Steuerreform führt in diesem Jahr zu einer Entlastung von 11½ Mrd. DM. Außerdem ergeben sich aus den Abschreibungserleichterungen für neue Wirtschaftsgebäude sowie aus den für den Einbau von Heizungs- und Warmwasseranlagen Steuerersparnisse von knapp einer Mrd. DM. Wegen dieser Einflüsse wird sich das Aufkommen an direkten Steuern 1986 nur noch um knapp 4 vH erhöhen, nach fast 8 vH im Vorjahr. Dagegen wird sich der Anstieg der indirekten Steuern mit 4,5 vH mehr als verdoppeln, insbesondere wegen eines deutlich höheren Umsatzsteueraufkommens im Zusammenhang mit der Belebung des privaten Verbrauchs. Zudem sind bei der Kraftfahrzeugsteuer Mehreinnahmen von 1,5 Mrd. DM zu erwarten, da die Erhöhung für herkömmliche Personenwagen stärker zu Buche schlägt als die Steuerbegünstigungen schadstoffarmer Kraftfahrzeuge.

Die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung werden mit 5,5 vH verstärkt zunehmen, da sowohl die Zahl der Beschäftigten als auch das Einkommen je Kopf beschleunigt steigen. Zudem sind Mehreinnahmen aus der Aufstockung der Beitragssätze zur Krankenversicherung zu erwarten, die deutlich höher sind als die Mindereinnahmen aus der Senkung der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung.

Insgesamt wird sich der Anstieg der Einnahmen des Staates nur geringfügig, auf 4½ vH, abschwächen.

Die Zunahme der Staatsausgaben verstärkt sich wieder. So wird der Staatsverbrauch etwas mehr steigen, weil der Tarifabschluß im öffentlichen Dienst höher als im Vorjahr ausfiel und die militärischen Beschaffungen wohl wieder kräftiger erhöht werden. Zudem wurden die Sozialleistungen weiter aufgestockt. Nachdem bereits im Vorjahr die Leistungen der Ausbildungsförderung, der Sozialhilfe und beim Kindergeld erhöht worden waren, sind zu Beginn dieses Jahres ein staatliches Erziehungsgeld ein-

geführt, das Wohngeld erhöht, die Höchstdauer des Bezuges von Arbeitslosengeld für Arbeitslose ab vollendetem 44. Lebensjahr verlängert, die Mittel für die berufliche Bildung aufgestockt und Kindererziehungszeiten in die Rentenberechnung einbezogen worden. Schließlich werden auch die Rentenzahlungen etwas stärker als im Vorjahr erhöht. Insgesamt nehmen die Übertragungen des Staates an private Haushalte deutlich stärker zu als im Vorjahr.

Auch in anderen Bereichen wird sich der Anstieg der Staatsausgaben beschleunigen. Die Zahlungen an die Europäische Gemeinschaft werden kräftig steigen; einmal, weil im Zusammenhang mit dem Beitritt von Spanien und Portugal der EG-Anteil an der Umsatzsteuer von 1,0 auf 1,4 vH der Bemessungsgrundlage angehoben wurde; zum anderen auch deshalb, weil die Abwertung des Dollars höhere Übertragungen zur Finanzierung der EG-Agrarmarktpolitik nach sich zieht. Auch die Subventionen werden vermutlich — entgegen der erklärten Absicht der Bundesregierung — wieder höher ausfallen; so ist wegen des gesunkenen Dollar-Kurses erheblich mehr an Koks-kohlenbeihilfe zu zahlen, als ursprünglich veranschlagt war.

Erstmals seit Jahren dürften auch die Ausgaben für öffentliche Investitionen wieder steigen, wie im Zusammenhang mit der Entwicklung am Baumarkt bereits erwähnt wurde. Neben den Ausgaben für Stadtsanierung werden insbesondere die für Abwasserreinigung, Wasserversorgung, Abfallbeseitigung und Lärmschutz erhöht.

Alles in allem werden die Ausgaben des Staates jedoch weiterhin weniger als das Bruttosozialprodukt steigen. Dabei werden die Ausgaben der Sozialversicherungen schwächer zunehmen als die Einnahmen; der Überschuß steigt daher deutlich, auf rund 10 Mrd. DM. Das Defizit der Gebietskörperschaften wird sich zwar erhöhen, trotz der Steuersenkung aber nur geringfügig. Das gesamte Finanzierungsdefizit des Staates wird also erneut abnehmen.

### Belebung der Nachfrage regt Produktion wieder an

Die bereits angelegte stärkere Expansion der Inlandsnachfrage, der zu erwartende Wiederanstieg der Auslandsnachfrage und die Bereitschaft zu höherer Lagerhaltung lassen erwarten, daß die Schwäche der gesamtwirtschaftlichen Produktion in den kommenden Monaten überwunden wird. Das Sozialprodukt wird dann stärker als im bisherigen Verlauf des konjunkturellen Aufschwungs zunehmen. Bei der niedrigen Ausgangsbasis zum Jahresanfang wird das Jahresergebnis jedoch nicht so günstig ausfallen, wie vielfach erwartet wird. Die Zuwachsrate des Sozialprodukts wird rund 3½ vH betragen.

Mit dem Nachziehen der konsumnahen Bereiche verbreitert sich die Expansion; Handel und Verkehr holen auf, und in den Dienstleistungsbereichen beschleunigt

**Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland**

	Absolute Werte			Veränderungen gegen Vorjahr in vH		
	1984	1985	1986 <sup>a</sup>	1984	1985	1986 <sup>a</sup>
Bruttosozialprodukt (Mrd. DM) in Preisen von 1980	1 538,9	1 576,0	1 630	3,0	2,4	3,5
Beschäftigte Arbeitnehmer (1000 Personen)	22 010	22 177	22 450	0,1	0,8	1
Arbeitslose (1000 Personen)	2 266	2 304	2 230 <sup>4</sup>	.	.	.
Arbeitslosenquote <sup>1</sup> (vH)	9,3	9,4	9,0	.	.	.
Verbraucherpreise <sup>2</sup>	.	.	.	2,4	2,2	0,5
Leistungsbilanzsaldo <sup>3</sup> (Mrd. DM)	17,8	30,6	60	.	.	.
Finanzierungssaldo Staat (Mrd. DM)	-33,7	-20,3	-17	.	.	.

<sup>1)</sup> Bezogen auf alle Arbeitnehmer (Beschäftigte und Arbeitslose). — <sup>2)</sup> Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. — <sup>3)</sup> Zahlungsbilanzstatistik. — <sup>4)</sup> Die Verminderung der Zahl der Arbeitslosen als Folge der ‚58er Regelung‘ wurde mit 30 000 angesetzt. — <sup>a)</sup> Vorausschätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet.

sich der Anstieg der Produktion. Selbst im Baugewerbe dürfte die wieder günstigere Entwicklung der Nachfrage im weiteren Verlauf dieses Jahres zu einer Steigerung der Produktion führen. Alles spricht dafür, daß sich der Aufschwung auch im Jahr 1987 fortsetzt.

**Beschäftigung steigt beschleunigt —  
Arbeitslosigkeit nimmt erstmals nennenswert ab**

Mit der Kräftigung der Konjunktur wird die Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften vermutlich rascher zunehmen als im vergangenen Jahr. Hinzu kommt ein steigender Bedarf aufgrund von gesetzlichen Maßnahmen und Tarifvereinbarungen. Zu nennen sind insbesondere die Einführung eines Erziehungsurlaubs, zusätzliche Maßnahmen im Rahmen des Beschäftigungsförderungsgesetzes sowie die Verkürzung der Wochenarbeitszeit vor allem im Einzelhandel und im Metallhandwerk. Die Einführung des Erziehungsurlaubs könnte die Einstellung von 20 000 bis 40 000 Arbeitskräften zur Folge haben. Da die Arbeitnehmer, die den Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen, in der Statistik weiterhin als Beschäftigte geführt werden, steigt die erfaßte Beschäftigtenzahl in diesem Umfang.

Insgesamt wird die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer im Laufe des Jahres um etwa 300 000 zunehmen, also deutlich stärker als im vergangenen Jahr, in dem sich die Zunahme auf 200 000 Personen belief. Damit werden aber immer noch etwa eine halbe Million weniger Arbeitnehmer beschäftigt sein als auf dem Beschäftigungshöhepunkt von Ende 1980.

Zum ersten Mal seit 1979 wird es sowohl im Verlauf als auch im Durchschnitt des Jahres zu einer Abnahme der Arbeitslosenzahl kommen. Das Arbeitskräftepotential nimmt zwar vermutlich nicht schwächer als im vergangenen Jahr zu, der Zuwachs bleibt jedoch nun deutlich hinter dem Anstieg der Beschäftigtenzahl zurück. Hinzu kommt, daß im Laufe dieses Jahres vermutlich etwa 50 000 Personen — im Jahresdurchschnitt 30 000 — von der ‚58er Regelung‘ für Arbeitslose Gebrauch machen und nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik geführt werden. Schließlich wird die Inanspruchnahme der tariflichen Vorruhestandsregelungen durch die Wiederbesetzung der frei gewordenen Arbeitsplätze mit Arbeitslosen den Arbeitsmarkt wahrscheinlich stärker entlasten als im vergangenen Jahr. Unter diesen Bedingungen kann damit gerechnet werden, daß die Zahl der registrierten Arbeitslosen im weiteren Verlauf des Jahres saisonbereinigt um etwa 150 000 auf 2,15 Mill. am Ende dieses Jahres zurückgehen wird. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich dabei eine Größe von 2,23 Mill. nach 2,30 Mill. im Jahre 1985. Erneut abnehmen wird die Stille Reserve.

**Beschleunigte Zunahme der Einfuhr**

Mit der verstärkten Expansion von Nachfrage und Produktion wird die Wareneinfuhr beschleunigt steigen, zusätzlich begünstigt durch die wechselkursbedingte Verbilligung vieler Importgüter. Kräftige Impulse für die Einfuhr gehen nicht mehr nur von der inländischen Nachfrage nach Investitionsgütern, sondern auch vom zunehmenden privaten Verbrauch aus. Die Bezüge von Fertigwaren-

enderzeugnissen werden dabei besonders stark expandieren. Die Einfuhr von Rohstoffen wird sich stärker erhöhen als die Industrieproduktion, da mit einer Wiederauffüllung der Lagerbestände zu rechnen ist, die während der Phase sinkender Rohstoffpreise reduziert worden waren; auf den Weltrohstoffmärkten sind nun wieder leicht steigende Preise zu erwarten.

Der seit dem Frühjahr 1985 anhaltende Rückgang der Einfuhrpreise (Durchschnittswerte) wird sich voraussichtlich zunächst fortsetzen. Im späteren Verlauf des Jahres, wenn die Einflüsse von Ölverbilligung und Dollarabwertung fortfallen, werden die Einfuhrpreise wieder steigen.

Die Einfuhr wird im Laufe dieses Jahres voraussichtlich etwa doppelt so stark zunehmen wie die Ausfuhr. Daher wird der reale Überschuß im Warenverkehr kräftig zurückgehen. Andererseits werden sich aber die Terms of Trade, aufs ganze Jahr gesehen, erheblich verbessern. Im Ergebnis dürfte der nominale Überschuß im Außenhandel 1986 um etwa 30 Mrd. DM auf rund 100 Mrd. DM steigen. Zwar wird das Defizit in der Dienstleistungsbilanz wieder etwas zunehmen, und die Übertragungsbilanz wird, vor allem wegen der erhöhten Zahlungen an die EG, mit einem deutlich höheren Fehlbetrag abschließen als im Vorjahr. Dennoch wird der Überschuß in der Leistungsbilanz 1986 mit etwa 60 Mrd. DM um rund 20 Mrd. DM höher sein als im vergangenen Jahr.

### **Allmählich wieder leicht steigende Preise**

Auf der Grundlage der Annahmen über den Dollarkurs und die Rohölpreise sind nur noch in dem Maße Senkungen der Verbraucherpreise zu erwarten, wie die Entlastungen bisher noch nicht bei den Verbrauchern angeht. Diese Effekte werden bis über die Jahresmitte hinaus wirksam bleiben. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird deshalb im weiteren Jahresverlauf insgesamt moderat sein, obwohl die Lohnstückkosten in diesem Jahr stärker steigen als im Vorjahr. Im Jahresdurchschnitt 1986 dürfte die Steigerungsrate mit etwa 0,5 vH so niedrig sein wie zuletzt im Jahr 1954. Ohne die außenwirtschaftlichen Einflüsse würden die Verbraucherpreise jedoch eher stärker als im vergangenen Jahr steigen.

### **Wirtschaftspolitische Überlegungen**

Im weiteren Verlauf des Jahres wird die wirtschaftliche Entwicklung wieder erstarren. Bisher gibt es aber keine Anzeichen für eine so kräftige Ausweitung der Produktionskapazitäten, daß eine nachhaltige Steigerung der Zahl der Arbeitsplätze und eine durchgreifende Verringerung der Arbeitslosigkeit erwartet werden könnte.

Die Verbilligung von Erdöl, die mehr Kaufkraft im Inland beläßt und einen rascheren Anstieg der Nachfrage bewirkt, bietet auch die Chance für eine beschleunigte Aus-

weitung des Produktionspotentials. Damit sie genutzt wird, müssen aber die Weichen in der Geld-, Finanz- und Lohnpolitik so gestellt werden, daß der konjunkturelle Schub in ein dauerhaft höheres Wachstum einmündet.

### **Zur Geldpolitik**

In den USA sind in letzter Zeit die Zinsen kräftig gesunken; diese Entwicklung wurde durch die Geldpolitik gefördert. Dahinter stand vor allem die Sorge, die konjunkturelle Entwicklung könne schwach bleiben. Die Notenbanken in Japan und in den meisten westeuropäischen Ländern schwenkten auf diesen Kurs ein, nicht zuletzt, um einer weiteren Höherbewertung ihrer Währungen gegenüber dem Dollar und der damit verbundenen Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft ihrer Länder entgegenzuwirken.

Nach der jüngsten Herabsetzung der Diskontsätze in den USA und in Japan sieht sich die Bundesbank gedrängt, ihre Leitzinsen weiter zurückzunehmen, und zwar vor allem mit dem Hinweis, zusätzliche monetäre Anregungen seien erwünscht und auch unbedenklich, da Stabilität des Preisniveaus erreicht sei. Dem ist entgegenzuhalten, daß die inlandsbestimmten Kosten und Preise weiter — mit einer Rate von etwa 2 vH — steigen und sich der Anstieg in diesem Jahr wieder verstärken wird. Diese Entwicklung wird zur Zeit durch die Verbilligung der Einfuhren überdeckt.

Gäbe die Bundesbank dem Druck nach, die Zinsen zu senken, so würde sich die in der Grundtendenz ohnehin recht kräftige monetäre Expansion beschleunigen. Zwar könnten auf diese Weise zusätzliche konjunkturelle Impulse ausgelöst werden. Angebracht wäre eine solche Expansion aber nur, wenn sich die Ausweitung des Produktionspotentials sehr deutlich beschleunigte. Dies ist indes auch unter den neuen Bedingungen nicht wahrscheinlich; eine weitere Verstärkung der monetären Expansion erscheint deshalb nicht angebracht. Die Zunahme der Geldversorgung hat in den letzten Monaten das Wachstum der realwirtschaftlichen Angebotsmöglichkeiten stark überschritten, und es ist ein monetärer Überhang entstanden. Hielte diese Entwicklung an, würde ein monetäres Potential geschaffen, das, ähnlich wie nach 1978, letztlich von einer Beschleunigung des Preisanstiegs ausgefüllt, nicht aber zu einer nachhaltigen Erhöhung von Produktion und Beschäftigung führen würde.

Einer derartigen Beschleunigung des Preisanstiegs müßte die Bundesbank, um ihrer stabilitätspolitischen Aufgabe gerecht zu werden, schließlich entgegenzutreten. Mit einer restriktiven Geldpolitik würden die Zinsen wieder nach oben getrieben sowie Nachfrage, Produktion und Beschäftigung beeinträchtigt. Damit wäre man wieder bei einer Politik des monetären Go and Stop, mit der genug schlechte Erfahrungen gemacht worden sind.

## Zur Lohnpolitik

Die Tariflohnsteigerungen werden in diesem Jahr höher sein als im vergangenen. Die Effektivverdienste werden deutlich rascher steigen als die Tariflöhne, weil sich die Ertragslage gebessert hat und weil sich in einigen wichtigen Bereichen Mangel an Arbeitskräften bemerkbar macht, vor allem bei Facharbeitern. Auch die Gewinne der Unternehmen werden sich mehr als im Vorjahr verbessern. Eine große Rolle spielen hierbei die sehr viel günstigeren Terms of Trade. Außerdem nimmt die Rentabilität der Investitionen in Sachanlagen bei fallenden Zinssätzen im Vergleich zur Rentabilität von Finanzanlagen weiter zu. Die zu erwartende Zunahme der Investitionen und die Ausweitung der Produktionsanlagen reichen aber für einen raschen und durchgreifenden Abbau der Arbeitslosigkeit noch nicht. Überdies müssen die Investitionen vermehrt darauf gerichtet sein, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Voraussetzung für mehr Investitionen ist, daß die mittelfristigen Absatz- und Gewinnerwartungen günstig sind. Für die Einrichtung zusätzlicher Arbeitsplätze ist außerdem von Bedeutung, wie die Unternehmen die Entwicklung der Faktorpreisrelationen einschätzen<sup>1</sup>.

In diesem Jahr werden von den Lohnabschlüssen für sich genommen zwar keine beschäftigungsdämpfenden Wirkungen ausgehen, zumal die Unternehmen bei sinkenden Kapital- und Rohstoffkosten trotz steigender Lohnkosten weiter kräftig zunehmende Gewinne erwarten. Doch das Sinken der Zinsen, das auf der einen Seite das Investieren lohnender macht und positive Beschäftigungswirkungen auslöst, bedeutet auf der anderen, daß die Nutzung von Kapital im Verhältnis zum Einsatz von Arbeit billiger wird und dies die Anreize zur Substitution von Arbeit durch Kapital aber eher verstärkt.

Deshalb wäre die Lohnpolitik gut beraten, wenn sie das gegenwärtig günstige Klima für Investitionen durch ein ebenso günstiges Klima für mehr Arbeitsplätze ergänzte, also darauf verzichtete, die Spielräume, die durch den Rückgang der Kosten für Öl und andere ausländische Vorerzeugnisse entstehen, für Lohnerhöhungen voll auszuschöpfen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich die Spielräume für nominale Einkommenserhöhungen ohnehin in dem Maße verringern, wie die Verbilligung der Importe in den Preisen weitergegeben wird.

Kritisch wäre es, wenn die Steigerung der Reallöhne dieses Jahres zur Leitlinie oder gar Untergrenze für die Lohnrunde im kommenden Jahr würden, denn dann bliebe unbeachtet, daß der Rückgang des Erdölpreises ein einmaliges Ereignis ist, das deshalb auch nur einmal zu einer besonderen Steigerung der realen Arbeitseinkommen zur Verfügung steht. Ein solches Vorgehen würde nicht nur die Chance für die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen zunichte machen, sondern sogar die Fortsetzung des Aufschwungs gefährden.

Zu einer stärkeren Differenzierung der Arbeitskosten tragen die Tarifabschlüsse in diesem Jahr wiederum nur wenig bei. Für die unteren Einkommensgruppen wurden sogar wieder stärkere Lohnerhöhungen als für die anderen vereinbart. Widerstände gegen eine stärkere Differenzierung zu Lasten der unteren Lohngruppen werden vor allem mit sozialpolitischen Argumenten begründet. Dabei wird freilich übersehen, daß durch die stärkere Anhebung der Löhne in den unteren Einkommensgruppen die Einstellungschancen weniger qualifizierter Arbeitskräfte weiter vermindert werden. Will man dieser Gruppe eine günstigere Einkommensposition ohne Verschlechterung ihrer Beschäftigungschancen verschaffen, so läßt sich das nicht mit der Lohnpolitik, sondern nur mit Maßnahmen der Steuer- und/oder Sozialpolitik erreichen.

Eine stärkere Differenzierung bedeutet auch, daß die Anreize zur Aus- und Fortbildung verstärkt werden. Dies erscheint wichtig, da für manche Branchen und viele Unternehmen der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften offenbar ein Hemmnis für die Steigerung der Produktion und damit auch der Beschäftigung darstellt. Diese Situation sollten die Unternehmen als Herausforderung begreifen, entsprechende Ausbildungsmöglichkeiten anzubieten.

Weil gegenwärtig wenig dafür spricht, daß die Kapazitäten so rasch wachsen, wie es ein durchgreifender Abbau der Arbeitslosigkeit verlangt, liegt es nahe, die Kapazitäten je Zeiteinheit — sei es je Tag, je Woche, je Monat oder auch je Jahr — länger zu nutzen. Dieses erfordert neue organisatorische Formen mit größerer Flexibilität im Arbeitseinsatz. Wie Erfahrungen zeigen, können auf diese Weise beträchtliche Kostensenkungen erreicht werden, die die Beschäftigung von zusätzlichen Arbeitskräften lohnend werden lassen.

## Zur Wirtschafts- und Finanzpolitik

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik bietet ein zwiespältiges Bild. Zwar wird der Kurs der Konsolidierung der Staatsfinanzen beibehalten, die Steuerbelastung wurde vermindert, und Ausgabenprogramme im Stil früherer Jahre stehen nicht zur Diskussion. Insofern verfolgt die Bundesregierung ihre Wirtschaftspolitik zur Verbesserung der Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung weiter. Dagegen kommt der ordnungspolitische Teil dieser Politik kaum voran. Die Pläne zur Privatisierung von Unternehmen sind zum größten Teil aufgeschoben oder sogar aufgegeben worden, die Deregulierung der Wirtschaft macht keine nennenswerten Fortschritte, und das Volumen der Subventionen wurde nicht kleiner, sondern größer.

<sup>1</sup> Die Bedeutung der Faktorpreisrelationen für die Entscheidung der Unternehmen über die Investitionsstruktur wird von einem der Institute, dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, als gering eingeschätzt.

Nach wie vor dient der größte Teil der Subventionen, meist als Anpassungshilfe eingeführt, der Erhaltung gefährdeter Bereiche und Unternehmen. Nur in wenigen Fällen ist es gelungen, die Betroffenen zu einem nennenswerten Eigenbeitrag zur Konsolidierung ihrer wirtschaftlichen Basis heranzuziehen und damit ihre Selbstverantwortung zu stärken.

Mit einem Teil der Subventionen soll der technische Fortschritt gefördert werden. Hier mangelt es in der Regel schon deshalb an Effizienz, weil die Auswahl der Projekte bei der Vielzahl der möglichen Vorhaben zufallsbehaftet ist. Auch führt die häufige Orientierung an Beispielen im Ausland eher zu Imitationen als zu originellen eigenen Entwicklungen, und durch die bevorzugte Vergabe von Forschungsmitteln an Großunternehmen werden andere Unternehmen diskriminiert. In den meisten Fällen ergeben sich überdies mehr Mitnahmeeffekte als Anstöße.

In der Europäischen Gemeinschaft sollen nun Forschungssubventionen im großen Stil bereitgestellt werden, wie für EUREKA. Es besteht wenig Grund, davon bessere Ergebnisse als von Subventionen im nationalen Rahmen zu erwarten. Wichtiger als die Bereitstellung großer Beträge wäre es, die vielfältigen Hemmnisse abzubauen, die das Entstehen eines einheitlichen europäischen Marktes gerade im Hochtechnologiebereich behindern. So erweisen sich das Festhalten an nationalen Normen und die nationale Beschaffungspolitik als hohe Barrieren für die Entwicklung einer auch weltweit wettbewerbsfähigen europäischen Informations- und Kommunikationstechnologie.

Im Zusammenhang mit der Höherbewertung der D-Mark und dem Rückgang des Ölpreises werden, vielfach aufgrund kurzfristig nicht zu ändernder Regelungen, erhebliche Mehrausgaben anfallen, zum Beispiel bei Koks-

lenbeihilfe, Landwirtschaft, Airbusprogramm und Schiffbau. Die insgesamt sehr großen Beträge sollen weitgehend durch Einsparungen bei anderen Ausgaben des Bundes aufgebracht werden. Es ist zu befürchten, daß von diesen Einsparungen wiederum in erster Linie Ausgaben betroffen sein werden, bei denen der Widerstand gegen Kürzungen gering ist, ohne Rücksicht auf die Frage, ob sie für die Verstärkung des Wachstums der Wirtschaft wichtig sind.

Auch im Sozialbereich nimmt die Bereitschaft zum Aufstocken von Leistungen zu. Zwar können wichtige sozialpolitische Überlegungen hierfür sprechen, doch sollten die Maßnahmen nicht dazu führen, daß die Anreize zur Erzielung von Leistungseinkommen verloren gehen. Zudem ist nicht erkennbar, daß die Gründe entfallen sind, die die Bundesregierung ursprünglich zu ihren Einschnitten und Umstrukturierungen bewogen hatten. Die Übertragungen an Sozialhilfeempfänger, die Mitte 1985 kräftig angehoben wurden, erreichen oder übersteigen nicht selten jene Arbeitseinkommen, die in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen erzielt werden. Dies mindert die Leistungsanreize und erschwert zugleich das Erreichen einer beschäftigungskonformen Auffächerung der Lohnstruktur.

Gewiß lassen sich auf kurze Sicht weder das Wachstum des Produktionspotentials kräftig beschleunigen noch die Arbeitslosigkeit nachhaltig verringern. Um so wichtiger ist es, schon jetzt Maßnahmen zu konzipieren, die mittelfristig zu größerem Wachstum und höherer Beschäftigung führen. Im Vordergrund stehen müßte ein mehrjähriges Programm zur Senkung von Steuern und zum Abbau von Subventionen. Eine Finanzierung der Senkung direkter Steuern durch Anhebung indirekter Steuern trüge freilich dem Erfordernis einer wachstumsgerechten Verringerung der Abgabenlast nicht Rechnung.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung  
Vorausschätzung für das Jahr 1986

	1) 1) 2)			1985		1986	
	1984	1985	1986	1)	1)	2)	2)
				1.HJ	2.HJ	1.HJ	2.HJ

1. ENTSTEHUNG DES SOZIALPRODUKTS  
VERÄNDERUNG IN VH GEGENUEBER DEM VORJAHR

ZAHL DER ERWERBSTÄETIGEN	0.0	0.7	1	0.6	0.8	1	1
ARBEITSZEIT, ARBEITSTÄGLICH	0.1	-0.4	-0.5	-0.1	-0.7	-0.5	-0.5
ARBEITSTAGE 3)	-0.2	-0.3	0	-0.9	0.3	0	0
ARBEITSVOLUMEN, KALENDERMONATLICH	0.0	0.0	0.5	-0.4	0.4	0	0.5
PRODUKTIVITÄT 4)	2.9	2.5	3	2.4	2.6	3.5	2.5
BRUTTOINLANDSPRODUKT IN PREISEN VON 1980	2.8	2.5	3.5	2.0	3.0	3.5	3.5

2. VERWENDUNG DES SOZIALPRODUKTS IN JEWEILIGEN PREISEN  
A) MRD.DM

PRIVATER VERBRAUCH	990.3	1027.3	1079.5	493.9	533.4	518.5	561
STAATSVORVERBRAUCH	350.5	365.7	383	168.5	197.2	177	206.5
ANLAGEINVESTITIONEN	354.6	359.3	379	161.4	197.9	172.5	207
AUSRÜSTUNGEN	137.6	153.9	169	68.6	85.3	75.5	93.5
BAUTEN	217.0	205.4	210	92.8	112.6	97	113.5
VORRATSVERÄNDERUNG	11.2	14.2	16	21.0	-6.8	18.5	-2.5
AUSSENBEITRAG	50.3	71.4	100.5	29.5	41.8	48.5	52.5
AUSFUHR	588.3	647.4	662	318.3	329.1	323.5	338.5
EINFUHR	538.0	576.0	561.5	288.8	287.3	275.5	286
BRUTTOINLANDSPRODUKT	1756.9	1837.9	1958.5	874.4	963.5	935	1023.5

B) VERÄNDERUNG IN VH GEGENUEBER DEM VORJAHR

PRIVATER VERBRAUCH	3.3	3.7	5	2.9	4.5	5	5
STAATSVORVERBRAUCH	4.1	4.3	5	4.1	4.5	5	4.5
ANLAGEINVESTITIONEN	3.0	1.3	5.5	0.2	2.3	7	4.5
AUSRÜSTUNGEN	1.5	11.9	10	16.6	8.3	10	9.5
BAUTEN	4.1	-5.3	2.5	-9.2	-1.9	4.5	0.5
AUSFUHR	11.8	10.0	2.5	12.7	7.6	1.5	3
EINFUHR	9.9	7.1	-2.5	9.3	4.9	-4.5	-0.5
BRUTTOINLANDSPRODUKT	4.9	4.6	6.5	3.8	5.4	7	6

3. VERWENDUNG DES SOZIALPRODUKTS IN PREISEN VON 1980  
A) MRD.DM

PRIVATER VERBRAUCH	841.8	856.2	895	411.5	444.8	430	465
STAATSVORVERBRAUCH	309.1	315.5	322	152.7	162.9	156	166
ANLAGEINVESTITIONEN	314.9	313.8	326	141.3	172.5	149	177
AUSRÜSTUNGEN	119.4	130.5	141	58.4	72.1	63.5	77.5
BAUTEN	195.5	183.4	185	83.0	100.4	85.5	99.5
VORRATSVERÄNDERUNG	10.5	12.2	17	18.4	-6.2	19	-2
AUSSENBEITRAG	62.5	78.2	69.5	37.6	40.7	34.5	35.5
AUSFUHR	509.0	545.6	562.5	268.7	276.9	276	286.5
EINFUHR	446.5	467.4	492.5	231.2	236.2	241.5	251.5
BRUTTOINLANDSPRODUKT	1538.9	1576.0	1630	761.4	814.6	788.5	841.5

B) VERÄNDERUNG IN VH GEGENUEBER DEM VORJAHR

PRIVATER VERBRAUCH	0.8	1.7	4.5	0.7	2.7	4.5	4.5
STAATSVORVERBRAUCH	2.5	2.1	2	1.4	2.7	2	2
ANLAGEINVESTITIONEN	0.8	-0.3	4	-1.7	0.8	5.5	2.5
AUSRÜSTUNGEN	-0.5	9.3	8	13.5	6.1	8.5	7.5
BAUTEN	1.6	-6.2	1	-10.2	-2.7	3.5	-1
AUSFUHR	8.2	7.2	3	9.1	5.5	2.5	3.5
EINFUHR	5.2	4.7	5.5	4.7	4.7	4.5	6.5
BRUTTOINLANDSPRODUKT	3.0	2.4	3.5	1.9	2.9	3.5	3.5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1) 1984		1) 1985		2) 1986		1985		1986	
							1.HJ 1)	2.HJ 1)	1.HJ 2)	2.HJ 2)
4. PREISNIVEAU DER VERWENDUNGSSEITE DES SOZIALPRODUKTS (1980=100) VERAENDERUNG IN VH GEGENUEBER DEM VORJAHR										
PRIVATER VERBRAUCH	2.5	2.0	0.5	2.2	1.8	0.5	0.5	0.5		
STAATSVBRUCH	1.7	2.2	2.5	2.6	1.8	3	2.5			
ANLAGEINVESTITIONEN	2.2	1.7	1.5	1.9	1.5	1.5	1.5			
AUSRUESTUNGEN	1.9	2.3	1.5	2.7	2.1	1.5	2			
BAUTEN	2.5	0.9	1.5	1.1	0.8	1	1.5			
AUSFUHR	3.3	2.6	-1	3.3	2.0	-1	-0.5			
EINFUHR	4.5	2.3	-7.5	4.5	0.1	-8.5	-6.5			
BRUTTOSOZIALPRODUKT	1.8	2.1	3	1.8	2.4	3.5	3			

5. EINKOMMENSENTSTEHUNG UND -VERTEILUNG  
A) MRD.DM

BRUTTOEINKOMMEN AUS UNSELBSTAENDIGER ARBEIT	952.7	989.3	1043	464.1	525.2	488	555
BRUTTOLOHN- UND -GEHALTSUMME	768.2	796.5	838.5	373.6	422.9	392.5	446.5
NETTOLOHN- UND -GEHALTSUMME	522.5	534.7	565.5	253.6	281.1	267	298
BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERTAETIGKEIT UND VERMOEGEN	393.6	424.9	474	202.9	222.0	231	243
NETTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERTAETIGKEIT UND VERMOEGEN	329.6	354.7	400.5	169.8	184.9	196	204
ENTNAHMEN 5)	320.5	345.2	370.5	165.0	180.2	178.5	192
NICHTENTNOMMENE GEWINNE	9.2	9.5	30	4.8	4.7	17.5	12.5
VOLKSEINKOMMEN	1346.3	1414.2	1517	667.0	747.1	719.5	798
ABSCHREIBUNGEN	220.7	230.3	239.5	114.1	116.2	118.5	121
INDIREKTE STEUERN ./ SUBVENTIONEN	189.9	193.5	202	93.3	100.2	97	105
BRUTTOSOZIALPRODUKT	1756.9	1837.9	1958.5	874.4	963.5	935	1023.5

B) VERAENDERUNG IN VH GEGENUEBER DEM VORJAHR

BRUTTOEINKOMMEN AUS UNSELBSTAENDIGER ARBEIT	3.5	3.8	5.5	3.5	4.1	5	5.5
BRUTTOLOHN- UND -GEHALTSUMME	3.0	3.7	5.5	3.4	4.0	5	5.5
NETTOLOHN- UND -GEHALTSUMME	1.7	2.3	5.5	2.2	2.5	5.5	6
NACHRICHTLICH: BRUTTOLOHN- UND -GEHALTSUMME JE BESCHAEFFTIGTEN	2.9	2.9	4	2.7	3.0	4	4
NETTOLOHN- UND -GEHALTSUMME JE BESCHAEFFTIGTEN	1.6	1.5	4.5	1.5	1.6	4	4.5
BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERTAETIGKEIT UND VERMOEGEN	9.3	8.0	11.5	5.4	10.4	14	9.5
NETTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERTAETIGKEIT UND VERMOEGEN	9.9	7.6	13	4.7	10.4	15.5	10.5
ENTNAHMEN 5)	10.0	7.7	7.5	7.5	7.9	8	6.5
VOLKSEINKOMMEN	5.1	5.0	7.5	4.1	5.9	8	7
ABSCHREIBUNGEN	4.7	4.3	4	4.5	4.1	4	4
INDIREKTE STEUERN ./ SUBVENTIONEN	4.0	1.9	4.5	0.7	3.0	4	5
BRUTTOSOZIALPRODUKT	4.9	4.6	6.5	3.8	5.4	7	6

6. EINKOMMEN UND EINKOMMENSVERWENDUNG DER PRIVATEN HAUSHALTE  
A) MRD.DM

NETTOLOHN- UND -GEHALTSUMME UEBERTRAGENE EINKOMMEN 6)	522.5	534.7	565.5	253.6	281.1	267	298
ENTNAHMEN 5) 7)	290.4	296.8	308.5	147.9	148.8	153.5	155
ABZUEGLICH: ZINSEN AUF KONSUMENTENSCHULDEN	358.9	384.0	411	186.8	197.2	197.5	213
GELEISTETE LAUFENDE UEBERTRAGUNGEN 8)	17.6	17.9	18.5	8.9	9.0	9	9.5
	33.9	35.0	37	16.8	18.2	17.5	19.5
VERFUEGBARES EINKOMMEN	1120.3	1162.6	1229.5	562.7	599.9	592	637.5
PRIVATER VERBRAUCH	990.3	1027.3	1079.5	493.9	533.4	518.5	561
ERSPARNIS	130.0	135.3	150	68.7	66.6	73.5	76.5
SPARQUOTE (IN VH)	11.6	11.6	12	12.2	11.1	12.5	12

B) VERAENDERUNG IN VH GEGENUEBER DEM VORJAHR

NETTOLOHN- UND -GEHALTSUMME UEBERTRAGENE EINKOMMEN 6)	1.7	2.3	5.5	2.2	2.5	5.5	6
ENTNAHMEN 5) 7)	1.0	2.2	4	2.0	2.4	4	4
	9.2	7.0	7	7.2	6.8	6	8
VERFUEGBARES EINKOMMEN	3.8	3.8	5.5	3.6	3.9	5	6
PRIVATER VERBRAUCH	3.3	3.7	5	2.9	4.5	5	5
ERSPARNIS	7.4	4.1	11	9.3	-0.8	7	15

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1)		1)		2)		1985		1986	
	1984	1985	1986							
				1)	1)	2)	2)	1.HJ	2.HJ	1.HJ

7. EINNAHMEN UND AUSGABEN DES STAATES 9)  
A) MRD.DM

EINNAHMEN	1984	1985	1986	1985	1986	1985	1986
STEUERN	439.4	459.6	478.5	215.5	244.1	224	254.5
SOZIALBEITRAEGE	304.8	320.3	338.5	151.0	169.2	159.5	178.5
ERWERBSEINKUENFTE	31.8	34.9	36	17.2	17.7	21	15
SONSTIGE LAUFENDE UEBERTRAGUNGEN	21.1	21.3	22	9.9	11.4	10.5	11.5
EMPFANGENE VERMOEGENSUEBERTRAGUNGEN	5.9	5.5	5	2.4	3.1	2.5	3
<b>EINNAHMEN INSGESAMT</b>	<b>803.0</b>	<b>841.5</b>	<b>880</b>	<b>396.0</b>	<b>445.5</b>	<b>417.5</b>	<b>462.5</b>
<b>AUSGABEN</b>							
STAATSVERBRAUCH	350.5	365.7	383	168.5	197.2	177	206.5
ZINSEN	52.7	55.8	58.5	30.1	25.7	31.5	27
LAUFENDE UEBERTRAGUNGEN AN	369.6	376.7	390.5	186.9	189.8	194	197
PRIVATE HAUSHALTE	298.4	305.6	315.5	153.1	152.5	158.5	157.5
UNTERNEHMEN	40.4	40.3	42	18.1	22.2	19	23
UEBRIGE WELT	30.8	30.8	33	15.7	15.1	16.5	16.5
GELEISTETE VERMOEGENSUEBERTRAGUNGEN	34.4	34.2	33.5	14.1	20.2	13.5	20
NETTOINVESTITIONEN	29.5	29.4	31	11.1	18.3	12.5	19
<b>AUSGABEN INSGESAMT</b>	<b>836.7</b>	<b>861.8</b>	<b>897</b>	<b>410.7</b>	<b>451.2</b>	<b>428</b>	<b>469</b>
<b>FINANZIERUNGSSALDO</b>	<b>-33.7</b>	<b>-20.3</b>	<b>-17</b>	<b>-14.6</b>	<b>-5.7</b>	<b>-10.5</b>	<b>-7</b>

B) VERAENDERUNG IN VH GEGENUEBER DEM VORJAHR

EINNAHMEN	1984	1985	1986	1985	1986	1985	1986
STEUERN	5.9	4.6	4	4.0	5.1	4	4
SOZIALBEITRAEGE	5.0	5.1	5.5	5.0	5.2	5.5	5.5
ERWERBSEINKUENFTE	3.8	9.5	3	5.4	13.8	23.5	-16.5
SONSTIGE LAUFENDE UEBERTRAGUNGEN	6.2	0.9	3	0.0	1.8	4.5	2
EMPFANGENE VERMOEGENSUEBERTRAGUNGEN	-7.1	-6.5	-5.5	-12.9	-0.6	-1.5	-9
<b>EINNAHMEN INSGESAMT</b>	<b>5.4</b>	<b>4.8</b>	<b>4.5</b>	<b>4.2</b>	<b>5.3</b>	<b>5.5</b>	<b>4</b>
<b>AUSGABEN</b>							
STAATSVERBRAUCH	4.1	4.3	5	4.1	4.5	5	4.5
ZINSEN	5.1	5.9	4.5	6.0	5.8	5	4
LAUFENDE UEBERTRAGUNGEN AN	3.6	1.9	3.5	2.5	1.3	3.5	4
PRIVATE HAUSHALTE	1.2	2.4	3.5	2.3	2.5	3.5	3
UNTERNEHMEN	13.3	-0.3	4	2.3	-2.3	4	4.5
UEBRIGE WELT	16.5	0.1	7	5.2	-4.7	5	9
GELEISTETE VERMOEGENSUEBERTRAGUNGEN	10.4	-0.5	-1.5	-3.3	1.5	-4	0
NETTOINVESTITIONEN	-1.0	-0.5	6.5	-6.9	3.8	11	3.5
<b>AUSGABEN INSGESAMT</b>	<b>4.0</b>	<b>3.0</b>	<b>4</b>	<b>2.9</b>	<b>3.1</b>	<b>4</b>	<b>4</b>

- 1) STATISTISCHES BUNDESAMT (WIRTSCHAFT UND STATISTIK, HEFT 3/1986, S. 159 FF.) SOWIE EIGENE BERECHNUNGEN VON ARBEITSZEIT UND PRODUKTIVITAET; ABWEICHUNGEN IN DEN SUMMEN DURCH RUNDEN DER ZAHLEN.
- 2) VORAUSSCHAEZUNG DER BETEILIGTEN INSTITUTE; ANGABEN GERUNDET.
- 3) VERAENDERUNG DER ZAHL DER ARBEITSTAGE NUR ZUR HAELFTE BERUECKSICHTIGT.
- 4) BRUTTOINLANDSPRODUKT IN PREISEN VON 1980 JE ERWERBSTAETIGENSTUNDE.
- 5) ENTNOMMENE GEWINNE UND VERMOEGENSEINKOMMEN.
- 6) SOZIALE LEISTUNGEN (NACH ABZUG DER LOHNSTEUER AUF PENSIONEN, DER BEITRAEGE DES STAATES FUER EMPFAENGER SOZIALER LEISTUNGEN UND DEREN EIGENBEITRAEGE), VORRUHESTANDSGELD SOWIE UEBERTRAGUNGEN AN ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK.
- 7) VOR ABZUG DER ZINSEN AUF KONSUMENTENSCHULDEN.
- 8) NICHTZURECHENBARE STEUERN, FREIWILLIGE SOZIALBEITRAEGE DER SELBSTAENDIGEN, HAUSFRAUEN U.AE., RUECKERSTATTUNGEN UND SONSTIGE LAUFENDE UEBERTRAGUNGEN AN DEN STAAT, NETTOPRAEMIEN FUER SCHADENVERSICHERUNGEN ABZUEGLICH SCHADENVERSICHERUNGSLEISTUNGEN, INTERNATIONALE PRIVATE UEBERTRAGUNGEN.
- 9) GEBIETSKOERPERSCHAFTEN, ERP, LASTENAUSGLEICHSFONDS UND SOZIALVERSICHERUNG.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33  
Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00  
BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Ableitungskollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,  
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Reinhard Pohl, Peter Ring (kommissarisch), Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.  
Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 110,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.  
Zuzüglich Versandkosten.